Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1930

269 (18.11.1930)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile … Pfennig o Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt o Erfüllungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. o Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o Ohne Zustellung 2,20 Mark o Durch die Post 2,66 Mark o Einzelverkauf 15 Pfennig o Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o Postscheckkonto 2650 Karlsruhe o Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o Fernruf 7020 und 7021 o Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße

Nummer 269 — Karlsruhe, Dienstag, den 18. November 1930 — 50. Jahrgang

Anschauungs-Unterricht

Gehaltskürzung schon ab 1. Februar

Für Panzerkreuzer ist dagegen Geld da

Die **Tabaksteuernovelle** wurde im Reichsrat in zweiter Lesung angenommen, ohne daß materielle Aenderungen vorgenommen wurden. Die **Hauptstreitpunkte**, die hauptsächlich in der Begünstigung der Zigarette gegenüber der Zigarre bestehen, sind allerdings dabei wie vor **ungeklärt** geblieben. Die Tabaksteuernovelle wird jetzt in den Ausschüssen noch eine **dritte Lesung** erfahren.

Nach Erledigung der Tabaksteuernovelle wandten sich die Ausschüsse der zweiten Lesung des **Reichssteuergesetzes** und der Vorlagen über die **Wohnungswirtschaft** zu.

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich mit der Lesung des **Reichshaushaltes 1931**. Die Reichsregierung erklärte sich einverstanden, den **Ländern** für die Kürzung der Ueberweisungen von 100 Millionen Mark einen **Ausgleich** zu gewähren. 50 Millionen werden ihnen in Reichsbahnvorzugsaktien übereignet. 50 Millionen sollen dadurch ermöglicht werden, daß die Beamtengehaltskürzung bereits am 1. Februar 1931 beginnen soll.

Zwischen der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder, die zum Abschluß der Reichsratsverhandlungen über das Finanzprogramm wieder nach Berlin gekommen sind, ist heute über die letzten strittigen Punkte eine Verständigung erzielt worden. Es bleibt dabei, daß die Reichsüberweisungen an die Länder um 100 Millionen Reichsmark gekürzt werden, aber als Ausgleich wird das Reich den Ländern 50 Millionen in Reichsbahnvorzugsaktien als einmalige Leistung zur Verfügung stellen. Zum andern wird die 6prozentige Kürzung der Beamtengehälter nicht erst ab 1. April, sondern schon ab 1. Februar in Kraft treten. Die preußischen Anträge gegen den Panzerschiffsbau und gegen das Marinebauprogramm sind dagegen abgelehnt worden, ebenso auch der preußische Antrag, der Ausgabenkürzungen von je 10 Millionen Reichsmark bei den Heeres- und Marineausgaben vorsah.

Dem deutschen Volk wird wieder einmal Anschauungsunterricht erteilt, insbesondere den Beamten, die sich heute so sehr an rechts anklammern.

Preußens Etat balanciert

Wie das VDZ.-Büro erfährt, ist der preußische Staatshaushaltsplan für 1931 am Montag abend dem Staatsrat zugeleitet worden. Entgegen der Behauptung, daß der Etat ein Defizit enthalte, wird uns mitgeteilt, daß der Haushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrag von 3 975 694 910 ℳ **balanziert.** Allerdings sind entsprechend der großen Finanznot von Reich, Ländern und Gemeinden auch im neuen Preußenetat außerordentlich umfangreiche Abstriche vorgenommen worden.

Justizministerwechsel in Frankreich

Der französische Justizminister Raoul **Peret** hat seine Demission gegeben. Senator **Chérom** ist zu seinem Nachfolger ausersehen. Der Rücktritt hängt mit der Finanzkontrolle zusammen.

Pilsudskis Terrorwahlen

Regierungsmehrheit in Polen

Jedoch keine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für Pilsudski

Warschau, 17. Nov. (Eig. Draht). Der polnische Seim wird sich nach dem am Montag abend vorliegenden vorläufigen Endergebnis wie folgt zusammensetzen:

Regierungsblock 245 (bisher 113),
Regierungssozialisten 0 (bisher 10),
Zentrolinksblock 80 (154, der Linksblock umfaßt gleichzeitig die polnische Bauerndemokratie),
Nationaldemokraten 64 (37),
Christliche Demokraten 16 (18),
Ukrainer und Weißrussen 20 (47),
Deutsche 5 (19),
Juden 8 (13),
Kommunisten 5 (9).

Pilsudski hat also die absolute Mehrheit von insgesamt [illegible] Seimsitzen „erobert", jedoch nicht die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit.

*

Pilsudski hat also im Seim (die Senatswahlen folgen am kommenden Sonntag noch) durch seinen Terror eine Regierungsmehrheit erpreßt. Selbstverständlich kann der neue polnische Seim mit seiner auf **Fälschungen**, schärfsten **Terror** und **Druck** aufgebauten Mehrheit **keineswegs als Volksvertretung** im demokratischen Sinne gewertet werden. Es genügt bei den Verlusten der nationalen Minderheiten, vor allem der Deutschen, darauf hinzuweisen, daß z. B. in Pommerellen sie infolge Terror kein einziges Mandat erringen konnten. Am barbarischsten hat der Wahlterror wohl gegen die Ukrainer und **gegen die Deutschen** gewütet. Aber auch der **zentrale Linksblock**, d. h. die **Sozialdemokraten** und die demokratischen **Bauernparteien** haben die Faust des polnischen Militarismus zu spüren bekommen. Die 50, 60 und 80 Prozent Mandatsverluste dieser Parteien sind gar **nichts für deren wirkliche Stärke** im Lande, sondern zeigen nur die **Brutalität**, mit der diese unbequemen Kritiker verfolgt worden sind.

Man muß sich eigentlich darüber **wundern**, daß der „Sieg" der Regierung Pilsudski bei den Wahlen am Sonntag nicht noch viel eindrucksvoller gewesen ist, als die amtlich bisher gemeldeten Ziffern. „Rumänische Wahlen" hatte ein Mitglied des Kabinetts mit offener Brutalität angekündigt. Darunter verstand man bisher die **schrankenlose Entrechtung der Opposition**, deren Mandatszahl die jeweilige Regierung von vornherein festsetzte.

Um ein nach außen günstiges Wahlergebnis durchzusetzen, schritt der polnische Diktator **Pilsudski** zu einer Wahl im großen, wie sie seit dem berüchtigten „Plebiszit" nicht mehr da war, das Louis Napoleon zum Diktator und dann zum Kaiser der Franzosen machte. Angefangen hat man damit, daß man die meisten **Führer des zentralen Oppositionsblocks** wider Recht und Gesetz **verhaftet** und in die feuchten, engen und dunklen Kasematten von Brest-Litowsk eingeliefert hat. Ueber 70 führende Politiker erfahren dort zur Zeit eine Behandlung, als ob sie schwere kriminelle Militärsträflinge und Chargen wären. Als Oberaufsichtsinstanz hat man dort einen Hauptmann Biernacki, einen erprobten Sadisten eingesetzt, der sich als Offizier schon im Weltkrieg unter dem Namen „Oberst Kotek" eine traurige Berühmtheit erworben hat. Man hat den Gefangenen die [illegible] geschoren, hat ihnen Kragen und Schuhbänder genommen und ihnen als einzige Lektüre eine Geschichte der polnischen Armee zur Verfügung gestellt. Sendungen wärmerer Kleidungsstücke usw. werden ihnen vorenthalten.

Aber es hat der polnischen Gewaltregierung noch keineswegs genügt, die Opposition ihrer besten Kämpfer zu berauben. Ihre Angst, daß ihre Gegner nun erst recht siegen würden, ist **zu groß. So griff** man zu dem Mittel, das man in einigen Wahlkreisen schon **früher** gegen die Kommunisten angewandt hatte: man erklärte, **die Kandidatenliste des Oppositionsblocks**, aber auch der rechtsstehenden **Nationaldemokraten** und der Deutschbürgerlichen in einer **Anzahl Wahlkreise** für **ungültig!** Stimmen für diese Listen können kein Mandat ergeben und wenn sie noch so zahlreich sind. **Willfährige** „Graphologen" erklärten einfach, daß die Unterschriften der **Kandidatenlisten** zum großen Teil gefälscht seien. So ging es z. B. im Wahlkreis Krakau, wo der Präsident des aufgelösten Seim, Daszynski, Spitzenkandidat ist. Dort erhielt die sozialistische Partei 1927 allein 74 000 Stimmen. Jetzt soll der ganze Oppositionsblock nicht in der Lage sein, 100 Unterschriften aufzubringen.

Es kommt zu alledem hinzu, daß die **Oppositionspresse** in einer **Weise verfolgt** wird, wie sie selbst unter dem Zarismus nur **durch** den Zustand des „verstärkten Schutzes" ermöglicht wurde. **Ferner** sind **Offiziere und Beamte**, die verfassungstreu blieben, zu **Hunderten davongejagt** worden. Die Unabsetzbarkeit der **Richter** ist ebenfalls längst durch ein Dekret des Justizministeriums **abgeschafft** worden. Ein anderes Dekret, gleichfalls ohne parlamentarische Genehmigung, hat die Selbstverwaltung der **Krankenkassen beseitigt.** Altbediente Beamte sind brüsk entlassen und durch **Offiziere und** Ziviltерroristen ersetzt worden. Sozialistische **Parteilokale werden** überfallen und verwüstet, ohne daß ein Staatsanwalt und **ein Gericht** sich für die Täter interessieren würden. Auf die **demokratisch**-parlamentarische Verfassung wird gepfiffen.

Brutalität und Gaunerei regieren die Stunde. Die **Demokratie** des Auslandes sieht mit Empörung und Grauen, was in **Polen getrieben** wird. Alle Welt weiß, daß die polnische **Parlamentswahl ein Hohn auf das Recht**, die schlimmste Verspottung der **Volkssouveränität** und der auf ihr beruhenden Verfassung ist.

Diktator Pilsudski in der russischen Karikatur
„Pilsudski präsidiert eine Kabinettssitzung".
(Nach Isvestia Moskau.)

Die Wirren des Bürgerkrieges

Von Emile Vandervelde

Schanghai, im Oktober. (Eig. Bericht.)

Der Zeitungsleser, der die **verworrenen**, sich widersprechenden Nachrichten aus China in den **europäischen** Zeitungen liest, wird sicherlich der Meinung sein, daß es ein leichtes sei, sich an Ort und Stelle in Schanghai — nächst Kanton die größte Stadt Chinas, und eine der Hochburgen des Imperialismus — zuverlässig über die Lage der Dinge zu unterrichten. Ein schwerer Irrtum. Das Dunkel des Krieges, das 1914—15 über Europa lag, war nicht entfernt so **undurchsichtig**, wie jetzt beim Bürgerkrieg in China. Heute gibt es in **Schanghai** über 100 Zeitungen, die in chinesischer Sprache erscheinen, gegen nur eine noch vor wenigen Jahrzehnten. Außerdem gibt **es noch** das Journal von Schanghai, dann The China Press und **andere** teils chinesische, teils ausländische Zeitungen in englischer Sprache. Liest man die einen und läßt man sich die anderen **übersetzen**, so wird man sehr bald zu der Ueberzeugung kommen, daß die Zensur, die Tschangkaischeck ausübt, in nichts derjenigen **Millerands** während seiner Zeit als Kriegsminister nachsteht.

Folgendes war beispielsweise im Journal von Schanghai am 2. **Oktober** zu lesen:

„**Gegenwärtig** sind wir in allem auf bloße Vermutungen angewiesen. **Außer** den offiziellen Communiqués, die wir wie das ersehnte **Manna** aufnehmen, erfahren und wissen wir gar nichts. Hätten **alle** Chinesen dieselbe Bildung genossen wie wir, so würden sie sich **kaum** über den Ausgang eines Bürgerkrieges beunruhigen, aber **unglücklicherweise** — manche sagen glücklicherweise — haben fast alle **eine** andere Erziehung als wir gehabt und sind viel neugieriger **als wir**. Sie sind der Siegesnachrichten satt, die die chinesischen **Zeitungen** täglich veröffentlichen, und verlangen zuverlässigeres **Material** als es diese Meldungen sind, die vielleicht im **Augenblick** ihres Erscheinens der Wahrheit entsprechen, am nächsten Tage **aber schon wieder falsch sind...**"

Zu der Zeit, wo ich diese Zeilen schreibe, ist dieser Artikel fünf Tage **alt.** Es scheint, als ob gegenwärtig, wenigstens auf kurze Sicht, **die Lage** sich **etwas** geklärt hat. Der Außenminister **Wang** teilte **uns** gestern mit, daß die Truppen Tschangkaischeks mit der **Einnahme** von Kaifen, an der Bahnlinie nach Lounghai, einen **entscheidenden** Erfolg davongetragen hätten. Yen, der Mustergouverneur, **hat** sich in seine Provinz zurückgezogen. Inoffiziell wird **mitgeteilt**, das Feng, der christliche General, sich zum Studium der sozialen **Frage** nach Europa begeben will und in den internationalen **Kreisen** Schanghais glaubt man, wenn auch noch nicht an den **Frieden**, so doch an eine genügend lange Ruhepause, die für Nanking günstig wäre.

Man täte unrecht, anzunehmen, daß dieser endlose Bürgerkrieg, oder besser gesagt, diese endlosen Bürgerkriege, in China die gleichen verhängnisvollen Folgen hätten, wie es in Europa der Fall wäre.

Gewiß leidet die unglückliche Bevölkerung, auf deren Boden die **Generäle** ihre Schlachten ausfechten, unsagbar. Man muß nur einmal **die** Berichte gelesen haben, die zum Beispiel die Revue franco-chinois **aus** den Provinzen veröffentlicht, um sich ein Bild von dem **grauenhaften** Elend zu machen, das in manchen Provinzen herrscht. Die **Mandschurei** dagegen hat durchweg Wohlstand zu verzeichnen, mit Ausnahme der Bezirke, die unter den Ueberschwemmungen zu leiden **hatten**. Ein französischer Berichterstatter, der Schensi auf ausgezeichneten Straßen im Autobus durchreist hatte, erklärte, daß **Marschall** Yen vielleicht kein besonders tüchtiger General, auf jeden Fall **aber** das Muster eines Gouverneurs sei. Ein so gut unterrichteter **Beobachter** wie Ta Schen, Professor an der Universität von **Hawai**, erklärt in einem Aufsatz in der Monthly Labor Review des **amerikanischen** Arbeitsdepartements über die Arbeitsverhältnisse in **China**, daß in den meisten Fällen die Kriege nur einen Konflikt **zwischen** zwei militärischen Gruppen darstellten, der die Bevölkerung an sich gar nicht interessierte. Die große Masse geht ihrem Tagewerk wie gewöhnlich nach, in den Fabriken, Geschäften und Handelshäusern wird gearbeitet, soweit sie nicht direkt in der Kriegszone liegen. Sie leiden natürlich indirekt auch unter dem Einfluß des Krieges, aber es ist trotzdem eine unumstößliche Tatsache, daß trotz der unsicheren politischen Lage die moderne Industrie beträchtlich an Ausdehnung gewinnt. Die Vereinigung der Pächter, die von den Besitzern unerhört ausgebeutet wurden, und die Gewerkschaften wachsen ständig und in demselben Maße wie die Fabrikarbeit vordringt, gehen die alten Handwerkergilden zurück. Ich gebe hier nur in groben Umrissen die Richtung der Entwicklung wieder. Der Aufsatz von Ta Schen enthält hierüber eingehende Mitteilungen und genaue Daten von größtem Interesse.

Nirgendwo kann man die Entwicklung von China besser beobachten, als in Schanghai.

Im Jahre 1845, zur Zeit der englischen und französischen Konzessionen, noch ein elender Platz dritten Grades, ist Schanghai heute der sechstgrößte Hafen der Welt, unmittelbar hinter Antwerpen, Rotterdam und Hamburg. Die Bevölkerung wächst rapide und erreicht nahezu 3 Millionen (2 900 000 nach der neuesten chinesischen Statistik, die allerdings, wie immer in China, nur annähernde Schätzungen darstellt). Es gibt wohl kaum einen Ort der Erde, wo man so unwiderstehlich an den bekannten Film „Metropolis" erinnert wird, mit seinen schreienden Gegensätzen zwischen dem üppigsten Wohlleben und dem tiefsten Elend.

Das ist natürlich auch in Europa wohlbekannt, aber was man nicht so gut weiß, ist die beherrschende Rolle, die die Chinesen selbst bei dieser Entwicklung spielen.

Das entscheidende Merkmal der letzten Jahre ist, daß China tatsächlich die Gebiete wirtschaftlich wiedererobert, die es einst den Fremden hat überlassen müssen.

In „Groß Schanghai" nimmt das französische Pachtgebiet und das internationale Gebiet, das die Engländer mehr und mehr mit den Amerikanern teilen müssen, den größten Teil der bebauten Fläche ein. In diesem Gemisch leben, die Settlements einbegriffen, etwa 15 000 Japaner, 15 000 Europäer (ohne Russen) und etwa ebensoviel Russen; Flüchtlinge, die nach der Revolution hierher gekommen sind und die im Gegensatz zu den meisten anderen Europäern meist nur arme Schlucker sind und dem chinesischen Straßenhandel Konkurrenz machen.

Man wird zweifellos annehmen, daß diese gegenüber den 3 Millionen Chinesen verschwindende Minderheit den größten Teil des Reichtums und der in den verschiedenen Unternehmungen investierten Kapitalien besitzt, und daß zu ihrem Schutz gegen die enterbten und verhungerten Massen und den grollenden Zorn Chinas alle die Geschwader von fremden Kriegsschiffen auf dem Whampo liegen, französische, englische und amerikanische.

Diese in Europa allgemein verbreitete Ansicht entspricht jedoch immer weniger den Tatsachen.

Gegenwärtig befinden sich, so erklärte wir ein Herr vom Credit foncier, nahezu 90 Prozent des immobilen Besitzes in chinesischen Händen. Zwar sind in den letzten Jahren eine Anzahl Fabriken mit chinesischer Arbeiterschaft unter europäischer oder japanischer Leitung errichtet worden, aber die Zahl der rein chinesischen Unternehmungen wächst rapide mit der zunehmenden Arbeit, deren Bedingungen übrigens geradezu trostlos sind. Wenn die Regierung von Nanking, in der die Familie des Reformators Sunjatsens so weitgehend vertreten ist, noch dem Prinzip des „Existenzminimums" treu bleiben will, so ist es Zeit, allerhöchste Zeit, daß, beispielsweise zum Schutze der Kinder, Arbeitsbestimmungen erlassen werden, die nicht nur auf dem Papier stehen oder zum Schein existieren.

Aber das ist wieder ein anderes Kapitel und überdies würden sich die im internationalen Gebiet ansässigen Japaner einer solchen Maßnahme unbedingt widersetzen.

Tatsache ist und bleibt aber, daß die Chinesen, die bisher völlig in den Hintergrund gedrängt waren, jetzt Herren zwar nicht der wenig entwickelten Industrie, wohl aber des Handels sind, sowohl des Groß- als des Kleinhandels. Noch 1925 erklärt Sunjatsen, daß es in China keine Reichen gäbe, sondern nur mehr oder weniger Arme. Das gilt auch im Großen und Ganzen heute noch, wenn man China als Ganzes betrachtet. Zum mindesten aber kommt man für Schanghai zu dem Schluß, daß im neuen China der Kapitalismus in immer geringerem Maße das Monopol der „fremden Teufel" bildet, wenn man durch die großen Warenhäuser einkaufen fährt, und sieht, wie in dem französischen Gebiet ganze chinesische Städte wie Pilze aus der Erde schießen, und wenn man in der Handelskammer den dicken chinesischen Kaufleuten begegnet, in seidenen Gewändern, mit satten, zufrieden lächelnden Gesichtern, meist englisch sprechend, wie Amerikaner, und dabei von einer geschäftlichen Tüchtigkeit, Verschlagenheit und Wagemut, wie kaum ein anderes Volk auf Erden.

Die politischen Rückwirkungen dieser Entwicklung der eingeborenen Bourgeoisie, die zeitlich der Revolution noch zu nahe steht, um bereits nicht mehr zu existieren oder sich wenigstens als revolutionär zu bezeichnen, sind bisher ziemlich undurchsichtig. Die Europäer, die Anhänger eines „starken Regimes" geblieben sind, sollten endlich einsehen, daß der Imperialismus in China besser täte, abzudanken, sofern es ihm noch durch eine kluge Politik gelingt, den Uebergang hierzu zu schaffen, den zu gewähren viele Leute in China einsichtig genug sind. Was die arbeitende Masse betrifft, die unzähligen Kulis und Rickschaläufer, die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen, die für einen Monatslohn von 15 bis 25 mexikanischen Dollars arbeiten, und die im Zeitalter der Dampfkraft noch immer als Zugtiere beschäftigt werden, so darf man sich nicht verheimlichen, daß sie sich, abgesehen von einigen rudimentären Ansätzen zur Bildung einer Art Gewerkschaft, immer noch in einem Zustand völliger Passivität befindet, der kaum einmal durch eine Revolte oder einen Streik unterbrochen wird, bei dem übrigens gegen die Gelben ohne weiteres mit dem Revolver vorgegangen wird.

Im letzten Jahre lernten wir im Exekutivkomitee der SAI. einen chinesischen Delegierten kennen, der der kleinen Partei der Sozialdemokraten in China angehörte, die, da die Kuomintang die einzige gesetzlich erlaubte Partei ist, in gewissen Gegenden ein heimliches und obskures Dasein führt. Ich habe während meines Aufenthalts in Schanghai vergeblich versucht, mit ihm Fühlung zu nehmen. Es ist mir lediglich gelungen, durch eine Mittelsperson in Erfahrung zu bringen, daß die Partei etwa 3 Millionen Anhänger besitzt (China hat 400 bis 500 Millionen Einwohner) und daß sie eine nennenswerte Tätigkeit nur in der weit entfernten Provinz Setschuen entfaltet. Ich habe auch mit der Post Broschüren und die Satzungen der Partei bekommen, unter dem Motto „Nieder mit dem Nationalismus, es lebe die Internationale". Jedenfalls ist die Tatsache, daß es mir nicht gelungen ist, persönliche Fühlung zu gewinnen, äußerst bezeichnend für die politische Freiheit in Schanghai.

Wenn aber auch die Sozialdemokratie im Lande der Kuomintang nicht offen hervortritt, oder vielmehr hervortreten kann, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie nicht existiert oder keine Macht besäße.

Bei meiner Ankunft hier fand ich neben hundert anderen Begrüßungsschreiben auch einen Artikel der Zeitschrift „The Chinese Critic" vor, die gleichzeitig entschiedener Anhänger der Kuomintang und absoluter Gegner des Sozialismus und Kommunismus ist. Aus diesem Artikel geht hervor, daß der Kommunismus in den intellektuellen Kreisen Chinas zur Zeit sehr tief im Kurs steht, besonders seit den Gewalttaten Hai-Lu-Fengs und Tschangschahs. Die Frage: „Wohin steuert das junge China", wird dagegen wie folgt beantwort:

„Ueber den Sozialismus sagt die junge Generation: soweit wir nicht zu alt sind, um die Zeichen einer neuen Zeit zu verstehen, und wenn wir unsere Augen nicht absichtlich gegen die bessere Einsicht verschließen wollen, so müssen wir dem Sozialismus die freundschaftlichsten Gefühle entgegenbringen, besonders in unserer Volksschicht, die sich aus studierenden und jungen Angestellten und Arbeitern zusammensetzt. Man gehe nur einmal in eine noch so kleine Buchhandlung in Schanghai und man wird sofort die zahlreiche Literatur bemerken, die sich mit Uebersetzungen oder Auszügen aus Karl Marx befaßt. Noch größer ist die Zahl der Auslegungen und Erklärungen hierzu, und mit unruhigem Gesicht wenden sich die jungen Leute den Schriften zu, die am billigsten sind und die infolgedessen besonders geeignet sind, auch den Leuten mit magerem Einkommen die wahre und unerbittliche Logik eines Karl Marx zugänglich zu machen. Für diese jungen Leute ist der Sozialismus mehr oder weniger Modesache. Sie wenden sich dem Sozialismus zu, nicht weil sie ihn verstehen, sondern weil er etwas neues ist."

Er ist in der Tat etwas neues, genau so wie auch der Kapitalismus für China etwas neues ist. Und gerade weil wir Marxisten sind, geben wir mit dem Verfasser dieses Artikels einig, daß in China, als Ganzes genommen, für eine mächtige sozialistische Partei kein Platz ist und sein wird, solange die nationalen Vorurteile und die kapitalistischen Formen vorherrschend bleiben.

Das soll aber keineswegs bedeuten, als ob für Schanghai und andere Gebiete, wo sich größere Industrie gebildet hat, und auch in solchen mit ländlicher, halb proletarischer Bevölkerung, die den Besitzenden für den Boden schwere Pacht zahlen muß, nun keine anderen politischen Möglichkeiten beständen als nur die Diktatur des Kuomintang oder die gewaltsame Errichtung einer kommunistischen Schreckensherrschaft. Heute allerdings sind die Sozialisten in China noch ein gänzlich unbeachtlicher Faktor; vielleicht aber sind sie es in nicht allzu langer Zeit nicht mehr.

Folgenschwere Ausgabendrosselung

Dreijährige Zwangsjacke für öffentliche Wirtschaft

Einer der wichtigsten Bestandteile des Finanzprogramms der Regierung ist der Gesetzentwurf über eine Ausgabenbegrenzung in den Haushalten des Reichs, der Länder und der Gemeinden. Dieser Gesetzentwurf sieht vor, daß die öffentlichen Ausgaben in **Reich, Ländern und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 nicht über den Stand des Rechnungsjahres 1931 hinausgehen dürfen. Nur für Schuldentilgung und Verzinsung und für etwaige Fälle der Verwaltungsreform sind Ausnahmen vorgesehen. Gleichzeitig werden Reich, Länder und Gemeinden verpflichtet, etwa eintretende Steigerungen der Einnahmen in den Jahren 1932 und 1933 zur Steuersenkung zu verwenden.**

So kurz der Gesetzentwurf ist, so **bedeutungsvoll** und **folgenschwer** ist sein Inhalt. Die Begründung weist darauf hin, daß der Reichshaushalt für 1931 „unter dem Druck der Not auf der Ausgabeseite mit allergrößter Sparsamkeit aufgestellt" worden ist. Der Reichshaushalt 1931 ist also ein Nothaushalt und der Sinn dieses Gesetzentwurfes besteht darin, daß dieser **Notstand für die öffentlichen Finanzen auch für 1932 und 1933 aufrecht erhalten** bleiben soll. Nicht nur im Reich, sondern in Ländern und Gemeinden soll die äußerste Einschränkung der öffentlichen Ausgaben auch dann beibehalten werden, wenn die Wirtschaftskrise überwunden wird und einer guten Konjunktur Platz macht. **Die Besserung der Konjunktur soll ausschließlich der Privatwirtschaft, nicht dagegen der öffentlichen Wirtschaft zugute kommen.**

Aber mehr als das: Der Reichshaushalt für 1931 ist nicht nur mit allergrößter Sparsamkeit aufgestellt worden, es sprechen auch gewisse Gründe dafür, daß er nicht einmal die Ausgaben des Reichs voll umfaßt. Für die Arbeitslosenversicherung sind überhaupt keine Reichszuschüsse mehr vorgesehen und der Ansatz für die Krisenfürsorge, der auf 420 Millionen begrenzt werden soll, ist offensichtlich unzureichend. Hinzu kommt, daß **in den nächsten Jahren eine Reihe von Ausgaben automatisch steigen müssen.** Die Zahlungen nach dem **Youngplan** sind 1932 um 53 Millionen höher als 1931 und 1933 sogar um 126 Millionen höher. Die **Invalidenversicherung** und die **Knappschaftsversicherung** werden wachsender Zuschüsse bedürfen und die Ausgaben für die **Beamtengehälter** werden infolge der Altersaufrückung der Beamten zunehmen.

Aus alledem ergibt sich, daß die **Begrenzung der Ausgaben praktisch einen Zwang zu fortschreitender Senkung der Ausgaben** darstellt. Denn wenn bestimmte Ausgaben wie die Reparationszahlungen usw. unabwendbar steigen, dann müssen — sollen die Gesamtausgaben dieselben bleiben — andere Ausgaben vermindert werden. Die Regierung will diesen Zwang zur Ausgabensenkung ausrichten, um gleichzeitig einen **Zwang zur Steuersenkung** schaffen zu können. Daher die Vorschrift, daß Mehrerträge der Steuern in den nächsten Jahren nicht zur Finanzierung von Mehrausgaben, sondern ausschließlich zur Verminderung der Steuerbelastung verwendet werden dürfen. **Infolge der Wirtschaftskrise sind die Steuererträge um rund 1½ Milliarden gesunken.** Wird die Wirtschaftskrise überwunden und erreichen damit die Steuererträge wieder ihre normale Höhe, so müssen Steuersenkungen in großem Ausmaß durchgeführt werden.

Dieser Zwang zur Steuersenkung ohne Rücksicht darauf, ob dringende Mehrausgaben gemacht werden müßten oder nicht, stellt vor **allem für die Gemeinden eine sehr schwere Fessel dar.** Gerade aufstrebende Gemeinden mit wachsender Bevölkerung, vermehrter Zahl der Schulkinder, gesteigerten Bedürfnissen des Verkehrs usw. werden aufs empfindlichste in ihrer Entwicklung gehemmt. Aber auch bei den übrigen Gemeinden müssen die schwersten Gefahren entstehen, je nachdem welche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Landesteilen und bei den verschiedenen Industriezweigen eintritt. Der Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß **die öffentliche Wirtschaft** wenigstens auf **drei Jahre** hinaus **in eine Zwangsjacke gesteckt** wird.

Realsteuersenkung und finanzpolitische Situation

Von unserem steuerpolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Einer der wesentlichsten Punkte des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung ist — so sagt die Regierung selbst — der **Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern.** Das Kernstück dieses Gesetzes ist die **schematische Senkung der Realsteuern** vom 1. April 1931 ab. Die **Grundsteuer** soll um 10 Prozent, die **Gewerbesteuer** um 20 Prozent gesenkt werden, wobei anstelle der Ermäßigung der Grundsteuer unter bestimmten Voraussetzungen eine Senkung der **Hauszinssteuer** um 3 Prozent treten kann.

Die **Mittel für die Senkung** der Realsteuern sollen Länder und Gemeinden aus dem **Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer** entnehmen. Während bisher rund 800 Millionen jährlich — also etwa die Hälfte — aus dem Ertrag der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wurden, soll in Zukunft nur noch ein Viertel diesen Zwecken nutzbar gemacht werden. Der dadurch freiwerdende Betrag von 400 Millionen soll in Höhe von etwa 320 Millionen Ländern und Gemeinden als Entschädigung für die Senkung der Realsteuern zufließen. Der Rest von 80 Millionen soll nach Wahl der Länder entweder zur Unterstützung von Gemeinden verwendet werden, die durch Wohlfahrtslasten besonders belastet sind, oder der verstärkten Senkung der Hauszinssteuer dienen oder weiter zur Förderung des Wohnungsbaues benutzt werden.

Neben dem Zwang zur Senkung der Realsteuern **verbietet** der Gesetzentwurf **ihre erneute Erhöhung.** Länder und Gemeinden werden verpflichtet, keine höheren Steuersätze anzuwenden, als vor dem 1. Oktober 1930 in Geltung waren und von diesen Sätzen müssen noch die Senkungsbeträge abgezogen werden.

Weiter sieht der Gesetzentwurf eine **Verschärfung** der Bestimmungen über die **Bürgersteuer** vor. Während nach der Notverordnung die Bürgersteuer **oder** die Gemeindebiersteuer von den Gemeinden erhoben werden müssen, die ihre Realsteuersätze nach dem **1. August 1930** erhöht haben oder erhöhen wollen, soll nach dem Gesetzentwurf die Verpflichtung zur Erhebung **beider** Steuern eintreten, wenn höhere Sätze erhoben werden, als am **31. März 1930** in Geltung waren. Außerdem sollen die **Gemeinden das Recht** erhalten, **Zuschläge zur Bürgersteuer** zu erheben, die nach oben unbegrenzt sind.

Alle diese Vorschriften gelten nur solange, als das Steuervereinheitlichungsgesetz noch nicht in Kraft getreten ist. Für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden neue Vorschriften in Aussicht gestellt.

Schließlich bringt der Gesetzentwurf **Steuervergünstigungen für alle Wohnungs-Neubauten,** die vom 1. April 1931 bis zum 31. März 1934 bezugsfertig werden. Diese Wohngebäude sollen bis Ende 1938 von der Grundsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer und Aufbringungssteuer befreit bleiben.

Die Begründung zum Gesetzentwurf erklärt die Senkung der Realsteuern als eine besonders dringliche Aufgabe und verspricht sich davon Verminderung der Selbstkosten der Betriebe, Preissenkungen, Neueinstellung von Arbeitnehmern und solche schönen Dinge mehr. Dabei weist die Regierung besonders darauf hin, daß das Aufkommen der Realsteuern gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 3½fache gestiegen sei — eine **demagogische Uebertreibung,** die dadurch zustande kommt, daß die Verminderung des Geldwerts der Reichsmark gegenüber der Vorkriegszeit verschwiegen wird. Berücksichtigt man diese Kaufkraftminderung, so sind die Realsteuern nicht um das 3¾fache, sondern nur um das 2½fache gestiegen.

Die **schematische Senkung** der Realsteuern ist in der Oeffentlichkeit mit Recht kritisiert worden. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum auch in den Ländern und Gemeinden eine Senkung durchgeführt werden soll, in denen die Realsteuern keineswegs als überspannt gelten können. Die Regierung verteidigt die schematische Senkung damit, daß einer individuellen Ermäßigung unüberwindliche technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Außerdem könne auf dem schematischen Wege eine weithin sichtbare, jedermann bekannte Senkung ermöglicht werden, die allein die gewünschte psychologische Wirkung auf die Wirtschaft verspreche.

Weiter wiederholt die Begründung die bekannten Grundsätze der Reichsregierung über **die Fortführung des Wohnungsbaues,** schöne Reednsarten, die nicht darüber hinweghelfen können, daß in Zukunft jährlich nur noch 165 000 bis 200 000 Wohnungen, bei bisher mehr als 300 000 gebaut werden können, wenn es bei den Vorschlägen der Regierung bleibt. Schließlich gibt die Regierung deutlich zu erkennen, daß sie bei der **Verschärfung der Bürgersteuer** zwei **Ziele** verfolgt: 1. durch Einführung und Erhöhung der Bürgersteuer soll ein **weiterer Abbau der Realsteuern** ermöglicht werden und 2. anstelle der in Zukunft ausgeschlossenen Erhöhung der Zuschläge zu den Realsteuern sollen die Zuschläge der Bürgersteuer treten.

Die Begründung **redet um die beiden Kernprobleme** der Regierungsvorlage **herum.** Das eine Problem ist: Wie soll eine **Belebung der Konjunktur** gelingen, wenn gleichzeitig der **Wohnungsbau** aufs empfindlichste **gedrosselt** wird. Vor der Wahl hat die Regierung viel auf ihr zusätzliches Wohnungsbauprogramm 1930 zugute getan; nach der Wahl soll das alles nicht mehr gelten sein. Die zweite Hauptfrage lautet: wie kann man an **Senkung und Begrenzung der Realsteuern** in dem Augenblick denken, in dem noch nicht zu übersehen ist, wie die **Gemeinden** sich in den nächsten Monaten finanziell über Wasser halten sollen. Noch vor wenigen Monaten hat die Regierung den Standpunkt vertreten, daß die Finanz-Sanierung der Steuersenkung vorangehen müsse; jetzt wird auch diese Erkenntnis über Bord geworfen.

Umbesetzung der Sowjetämter

Rudjutak, erster stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, hat **als Nachfolger Rykows** die meisten Aussichten auf den Posten des Vorsitzenden.

Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, dessen **Rücktritt** bevorsteht.

Frumkin, der Kommissar für Außen- und Innenhandel, wurde seines **Postens enthoben.**

Nachdem **Sorzow,** der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare Innenrußlands, **abgesetzt** wurde, setzt Stalin seine Personalpolitik fort. Er will die Hauptämter der Sowjets mit **seinen** Vertrauensleuten besetzen.

Defizit auch im amerikanischen Haushalt

WTB. Washington, 17. Nov. Präsident Hoover hat mitgeteilt, daß sich das Schatzamt vielleicht einem Defizit für das am 30. Juni zu Ende gehende Rechnungsjahr gegenübersehen werde. Der Präsident fügte bei, daß dieses auffällige Defizit der Kreditität der Regierung in keiner Weise Eintrag tun würde.

Braunschweigs Justiz assistiert Franzen

Ein skandalöser Rechtsfall

Braunschweig, 17. Nov. (Eig. Drahtb.) Das Landgericht Braunschweig verkündete am Montag in Sachen **Volksfreund** gegen Franzen folgende Entscheidung:

„**Die einstweilige Verfügung vom 23. Oktober wird aufrecht erhalten.**"

Der einstweiligen Verfügung wird ein neuer Satz zugefügt, wonach der **Volksfreund** amtliche Verlautbarungen über die Angelegenheit Franzen **nur dann wiedergeben** darf, falls sie in nicht beleidigender Form gebracht werden."

Gegen dieses Urteil ist sofort **Berufung** eingelegt worden. Immerhin ist der Volksfreund jetzt wieder in der Lage die **Berichte des Berliner Polizeipräsidiums abzudrucken.** Er kann aber nicht mehr sich aus behaupten, daß Franzen gelogen habe, trotzdem nach den Bekundungen der Berliner Polizeibeamten ohne Zweifel feststeht, daß **Franzen die Wahrheit nicht gesagt** hat.

Das braunschweigische **Landgericht** hat in dem Streitfall Franzen gegen den sozialdemokratischen Volksfreund eine geradezu **unglaubliche Begründung** gegeben. Die eindrucksvollen, klaren Ausführungen der **Berliner Polizeibeamten** werden als **nicht glaubwürdig** hingestellt, während die **Zeugen Franzens**, die überhaupt nicht auf der Polizeiwache waren, als **wichtigste Auskunftspersonen** angesehen werden.

Der Vater dieser Begründung paßt zu Herrn Franzen und macht — wie die Urteilsbegründung zeigt, aus seinem Naziherzen keinen Hehl. Man stelle sich vor: Die Berliner Polizeibeamten, zwei ehrenwerte, lange Jahre im Dienst stehenden Beamten, bekunden übereinstimmend, daß sich Franzen im Fall Gut gegen die Gesetze vergangen und seinen Parteifreund Guth wider besseres Wissen als Abgeordneten Lohse legitimiert hat. Die beiden Beamten bekunden ihre Eindrücke und Beschuldigungen gegen Franzen unter Eid. Maßgebender als alles, was die Berliner Polizeibeamten unter Eid erklärten, waren ihm die Redensarten Franzens vor Gericht. Er deckt den Naziminister, obwohl an seiner Schuld, sowohl nach den Bekundungen der Beamten, wie nach dem Verlauf des Braunschweiger Prozesses nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Ein Skandal, wie er nur im Nazi- und Sowjetreich möglich ist. Hier gilt das Recht nur für die, die am Ruder sind. Daß sich ein deutscher Richter dazu hergegeben hat, sich für diesen Zustand zu erwärmen, zeigt, daß er die Vertrauenskrise der Justiz längst noch nicht überwunden haben.

Berufung gegen Gerichtsentscheid eingelegt

Braunschweig, 17. Nov. Der sozialdemokratische Volksfreund wird, wie wir erfahren, gegen die heutige Entscheidung in Sachen der einstweiligen Verfügung Berufung beim Oberlandesgericht einlegen.

Konflikt in der Wirtschaftspartei

Der Parteiführer der Wirtschaftspartei, Reichstagsabg. **Drewitz**, hat dem **gesamten Personal des Parteibüros**, vom Generalsekretär, dem Abg. Dannenberg beginnend, bis herab zum letzten Boten die **Kündigung** ausgesprochen, obwohl es sich um Angestellte handelt, mit denen zum Teil, wie z. B. mit Dannenberg, langfristige Verträge abgeschlossen waren, und die zum Teil schon viele Jahre im Parteibüro tätig sind. Der Parteiführer hat diese Kündigung damit begründet, daß das **Parteibüro reorganisiert** werden müßte. Die Angestellten selbst sind allgemein der Meinung, daß das Vorgehen von Drewitz mit dem **Konflikt innerhalb der Parteileitung** zusammenhängt, der bereits zum Ausscheiden des Reichstagsabg. Lohse, des früheren zweiten Vorsitzenden der Partei, geführt hat. Lohse selbst verlangt, daß die **Reichskonferenz** der Wirtschaftspartei, die schon längst fällig sei, nun endlich stattfinde, damit er Gelegenheit habe, sich vor diesem Gremium der Partei zu rechtfertigen.

Preissenkung für Seefische in Berlin

Berlin, 17. Nov. Bei der im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde als Ergebnis erzielt, daß die durchschnittlichen **Kleinverkaufspreise** für Berlin mit sofortiger Wirkung herabgesetzt werden. Die Preissenkungen betragen u. a. für Seefische im ganzen 9,2 Pfennig = 16 Prozent, für Kabliau im Anschnitt 21 Pfg. = 28 Prozent. Der Reichsverband der deutschen Fischhändler e. V. wird für eine entsprechende Minderung der Preise im ganzen Reiche Sorge tragen.

Ist Ermäßigung der Reichsbahngütertarife möglich?

Von offiziöser Seite wird mitgeteilt:

Die Oeffentlichkeit fordert mit wachsendem Nachdruck auch eine **Ermäßigung der Reichsbahngütertarife** im Rahmen der allgemeinen Preissenkungsaktion der Reichsregierung. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß sich auch die Reichsregierung mit dieser Frage befaßt. Wie erinnerlich, hat der **Reichsverkehrsminister** bereits in diesem Frühjahr die von der Reichsbahn wiederholt geforderte Ermäßigung der für die Wirtschaft besonders bedeutsamen Wagenladungstarife verhindert. Die schon damals schwierige Lage der Reichsbahn hat sich seitdem **weiter verschärft.** Die sich aus den **Reparationsleistungen** der Beförderungssteuer und der aus der Demobilmachungszeit stammenden gewaltigen **Pensionslast** ergebende Gesamtbelastung beträgt 26 Prozent der Bruttoeinnahmen des laufenden Geschäftsjahres; dies geht erheblich über die Summen hinaus, die die deutschen Eisenbahnen in der Vorkriegszeit je herausgewirtschaftet haben. Ist die Reichsbahn nicht in der Lage, ihre Reparationsverpflichtungen und die Dividenden für die Vorzugsaktien zu zahlen, so hat es das Reich.

Alle diese Umstände müssen bei der **Prüfung** der Möglichkeit einer Tarifermäßigung sehr sorgfältig abgewogen werden. Bei dem Nachdruck, mit dem die Reichsregierung die Preissenkung im Interesse der Wirtschaft verfolgt, darf die Oeffentlichkeit überzeugt sein, daß **kein Weg unversucht** bleiben wird, um ein für die Allgemeinheit und auch für die Reichsbahn annehmbares Ergebnis herauszubringen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in Italien

Rom, 17. Nov. (Eig. Bericht.) Die neuesten amtlichen Ziffern über die **Arbeitslosigkeit in Italien** weisen im Vergleich zu den Ziffern für September eine starke Steigerung auf. Vom 30. September bis 31. Oktober ist die Zahl **um rund 42 000 auf rund 447 000 gestiegen.** In **Wirklichkeit** gibt es jedoch in Italien weit mehr als eine Million **Arbeitslose.** Von den 447 000 amtlich gemeldeten Arbeitslosen erhalten nur 150 000 Unterstützung von 1.50 bis 2.50 Lire pro Tag, oder von 35 bis 55 Pfg.

Beginn der Genfer Wirtschaftskonferenz

Genf, 17. Nov. Die zweite diesjährige Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes hat heute begonnen.

Freistaat Baden

Angriff auf Neckarkanal zurückgewiesen

Haltlose Verdächtigungen

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Das Organ des Württembergischen Bauernbundes war in seiner Gegnerschaft gegen die Durchführung des Neckarkanals bei Heilbronn soweit gegangen zu behaupten, daß man nichts über die Schulden und die Erträge der Neckar AG., sowie über die Verwendung der letzteren zu hören bekomme, und daß infolge einer besonderen geheimen Kanalpolitik auch schon bei Eßlingen, bei Stuttgart, bei Horkheim, allerlei Kanalbauten in Angriff genommen wurden, von denen man nicht genau weiß, **aus welchen Kanälen die Mittel geflossen** sind und warum man mit diesen Geldern nicht das Notwendige in Heilbronn gemacht hat.

Zur Beantwortung dieser Verdächtigungen führt nun die **Neckar AG.** in einem der Oeffentlichkeit übergebenen Schreiben an die Schwäb. Tagwacht u. a. aus:

„Wohl bei keinem anderen Unternehmen spielt sich die Finanzgebarung in so weitgehendem Maße **in vollem Licht der Oeffentlichkeit** ab, wie bei unserer Gesellschaft. Wirken doch bei allen irgendwie wesentlichen Vorgängen in unserer Gesellschaft, deren Aktienkapital sich zu fast 99 Prozent in Händen des **Reiches** und der **Länder Württemberg, Baden** und **Hessen** einschließlich ihrer **Amtskörperschaften**, Gemeinden und dergl. befindet, nicht nur der **Reichstag**, sondern auch die **Parlamente** dieser Länder mit. Die Haushaltpläne des Reichs und der Neckaruferstaaten geben deshalb auch **genauesten Aufschluß** über Höhe und Art der staatlichen Beteiligung an der Finanzierung unseres Unternehmens. Eine **„geheime Kanalpolitik"** gibt es deshalb nicht und kann es nicht geben. In unserem Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen sind die **beteiligten Ministerien des Reichs und der Länder** und außerdem **alle Erwerbsstände Südwestdeutschlands**, auch die Landwirtschaft, vertreten. Darüber hinaus nehmen an den Sitzungen unserer Gesellschaftsorgane stets auch noch **besondere Regierungskommissare** teil. Die von uns alljährlich veröffentlichten Bilanzen und Geschäftsberichte sind, wie von allen Seiten anerkannt wird, ganz besonders ausführlich gehalten und geben allen Stellen und Personen, die irgendwie Interesse an unseren Arbeiten nehmen, zu. Auch die **Schwäb. Tageszeitung** befindet sich auf der Liste der regelmäßigen Empfänger unserer Drucksachen. Neben den Haushaltplänen ebenso Württembergs wie des Reichs und der beiden anderen Neckaruferstaaten liefern diese Drucksachen alles erforderliche Material zur Beantwortung der von Ihnen aufgeworfenen Fragen."

Nach diesen Mitteilungen wird man die **Unverfrorenheit des Angriffs gegen die Neckar AG.**, der auf den württembergischen bauernbündlerischen Abg. Körner zurückgeht, entsprechend zu würdigen wissen.

Sozialistische Studentenschaft und Reaktionshetze

Angesichts der **Hetze der nationalistischen Studenten** gegen die Ernennung des als mutigen Vorkämpfers freiheitlicher Auffassungen bekannten Privatdozenten **Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg hat die Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs** einen offenen Brief an Dr. Gumbel gerichtet, in dem sie die Bedeutung des Falles u. a. in folgender Weise hervorkehrt:

„Die sog. **„nationale" Studentenschaft** organisiert eine in ihrer Verrohung und Verlogenheit geradezu widerwärtige Hetzkampagne gegen Sie. Die **Universität** hat bis jetzt **geschwiegen. Die Universität** hat sich nicht dazu geäußert, daß ein Dozent in einer studentischen Versammlung in unmißverständlicher Weise als „Lump" und „Schweinehund" bezeichnet wird. Umso mehr fühlen wir die innere Verpflichtung, Ihnen in diesem Augenblick zu sagen, daß **wir** Ihre Ernennung zum Professor aufs **entschiedenste begrüßen.** Wenn wir uns hier für Sie einsetzen, so handelt es sich **nicht nur um Ihre Person**, sondern um die **Freiheit von Lehre und Forschung**, die Grundbedingung aller geistigen Weiterentwicklung. **Wir** fühlen uns hierbei **solidarisch mit der Arbeiterklasse**, deren Befreiungskampf zugleich ein Kampf um die Neugestaltung der nationalen Kultur aus dem Geiste des Sozialismus ist.

Evangelische Landeskirche und Evangelischer Volksdienst

Unter dieser Ueberschrift bringt die Evang. Pressekorrespondenz die Mitteilung, daß die Evangel. Kirchenbehörde **weder den Evangelischen Volksdienst noch irgend eine andere politische Partei** als die politische Vertretung für die evangelisch-kirchlichen Belange ansieht, geschweige jemand damit beauftragt hat. Der Kirchenbehörde, so heißt es, wäre es erwünscht, wenn alle Politiker evangelischen Bekenntnisses in der breitesten Oeffentlichkeit die evangelischen Belange nachdrücklichst vertreten wollten; zu einem „Evangelischen Zentrum", d. h. zur Bildung einer politischen Partei als evangelisches Gegenstück zum katholischen Zentrum, werde sie aber nicht aufrufen.

Fahrplanwünsche Oberbadens

In diesen Tagen hielten sowohl die Handelskammer Freiburg als auch die Handelskammer Schopfheim Fahrplankonferenzen ab, bei denen eine Reihe von Wünschen und Anregungen vorgetragen wurden. Auch die Reichsbahn war dabei vertreten. So wurde u. a. verlangt, daß bei der **Fortführung der Arbeiten der Elektrifizierung der Bahnen Baden nicht zurückgesetzt** werden dürfe und insbesondere die **Nordsüdlinie** im gleichen Tempo mit der Westostlinie elektrifiziert werden müßte. Auch die **Elektrifizierung der Höllentalbahn** und der **Oberrrheintalbahn** sei dringend erforderlich. Weiter wurde gewünscht die Einführung von sogenannten **Gabelfahrkarten** zwischen Reichsbahn und Schauinslandbahn. Insbesondere Basel habe großes Interesse daran. Bezüglich des **Fahrplans** wurde eine weitere Ausgestaltung der Hauptstrecke Freiburg-Basel und **Freiburg-Karlsruhe** gewünscht.

Volkswirtschaft

Die Krise in der Zigarrenindustrie. Sämtliche Arbeiter der Rauenberger (Amt Wiesloch) Zweigstelle der Zigarrenfirma P. J. Landfried haben ihre Kündigung erhalten.

Handwerk und Preisabbau

Von der Handwerkskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden wird uns geschrieben: In seiner am 13. November stattgehabten Sitzung hatte sich der Vorstand der Handwerkskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden mit verschiedenen akuten Tagesfragen zu befassen. Im Vordergrund der Beratungen standen die Maßnahmen der Reichsregierung zur Preissenkung, wozu der Oeffentlichkeit mitgeteilt wird:

Das Handwerk in seiner Gesamtheit ordnet sich willig dem Gebot der Stunde unter. Es wendet sich aber entschieden gegen die Versuche der Unverantwortlichen, etwa über die Lebensmittelpreise herzuziehen und die betreffenden Berufszweige mit aller Schuld zu belasten. Es ist sehr leicht, den Unterschied zwischen dem Einkaufspreis der Rohprodukte oder Halbfertigfabrikate und dem Verkaufspreis der fertigen Ware zu bekritteln; gleichsam als ob diese „Spanne" reiner Verdienst wäre. Was muß aber alles aus dieser Preisspanne bezahlt werden. Die Ladenmiete, Lohn und Sozialversicherung des Personals, Abschreibungen des Inventars, Steuern verschiedenster Art, Feuer- und Einbruchsversicherung, Reklameaufwand, Beleuchtung und Heizung, Wertverluste an Material u. a. m. Und heute in der Zeit schleppenden Geschäftsganges wiegen alle diese Lasten doppelt schwer und verlangen entsprechenden Ansatz in der Kalkulation der Preise. Kein Dekret kann an diesem natürlichen Wirtschaftsgesetz etwas ändern. An gewisse große Syndikate und Kartelle mit ihrer starken Machtposition wagt man sich nicht heran. Zunächst müßte ein Druck auf die Syndikate nach der Richtung der Verbilligung gewisser Rohstoffe und Halbfabrikate ausgeübt werden; damit wäre weiten Kreisen der Wirtschaft geholfen und die Möglichkeit verschafft, ihrerseits an die Preissenkung ihrer Erzeugnisse heranzugehen. Wir müssen wieder mit dem Pfennig rechnen lernen. Leider kann sich heute die Preissenkung im Handwerk zunächst nur in Pfennigbeträgen auswirken. Aber schließlich summieren sich auch diese zu Markbeträgen, sodaß die Mahnung der Reichsregierung „Zurück zur Pfennigwirtschaft" wohl berechtigt ist. Die Preise lassen sich aber nicht vom grünen Tisch aus machen. Es bedeutet keinen Abbau auf der ganzen Linie, wenn allen voran der Staat mit Zähigkeit an seinen Gebühren, Steuern, Tarifen usw. festhält und der Privatwirtschaft die ganze Last und Verantwortung der Verbilligung auf den Nacken legt. Wenn die Regierung das Gewicht ihrer moralischen und wirtschaftlichen Argumente gegenüber der freien Wirtschaft verstärken will, dann wird sie auf eine Beschleunigung der Steuersenkung und eine Herabsetzung der Frachten, der öffentlichen Tarife und Gebühren drängen müssen.

Aus aller Welt

Folgenschweres Versehen eines Arztes in Columbien

Neuyork, 17. Nov. Associated Preß meldet aus Bogota (Columbien): In Medellin impfte ein Arzt eines Privathospitals 49 kleinen Kindern versehentlich Dyphteritiskeime anstatt Antitorin ein. 16 Kinder sind bereits gestorben, die übrigen schweben in Lebensgefahr. Die Polizei besetzte das Hospital, da die Eltern drohten, in das Hospital einzudringen.

Lehrgut für Reichswehrsoldaten

Das Wehrkreiskommando Stettin hat, der Vossischen Zeitung zufolge, das 750 Morgen große Gut Grummenhagen im vorpommerschen Kreise Franzburg-Barth angekauft, um es als Lehrgut für Reichswehrsoldaten zu verwenden, die nach ihrer Entlassung zur Landwirtschaft übergehen wollen.

Der Nobelpreis für Literatur

Sinclair Lewis,

Amerikas bedeutendster Romanschriftsteller, dem der diesjährige Nobelpreis für Literatur verliehen wurde. Er ist der erste Amerikaner, der den literarischen Nobelpreis erhalten hat. Lewis erklärte, daß er den Preis (120 000 schwedische Kronen) zur Unterstützung eines jungen, begabten amerikanischen Schriftstellers verwenden wolle.

Der Ozeanflieger Levine verhaftet

Der Ozeanflieger Levine wurde auf dem Semmering verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Ersuchen des Wiener Sicherheitsbüros. Es handelt sich um Anfertigung von Stanzen für französische Münzen.

Wien, 18. Nov. (Eig. Drahtb.) Die Verhaftung erfolgte angeblich, nachdem Levine mit einem Wiener Graveur wegen Anfertigung von Stanzen zur **Fälschung französischer Münzen** verhandelt hatte.

G 38 in Köln

Köln, 17. Nov. Das Flugzeug G 38 ist aus Paris kommend auf dem Kölner Flughafen eingetroffen.

Ueberfall auf eine Bank bei Köln

Köln, 17. Nov. In die **Spar- und Darlehenskasse** im Vorort Dünnwald drangen heute abend zwei maskierte Räuber ein, hielten einen allein im Geschäftszimmer anwesende Angestellte mit Revolver in Schach und **raubten 600 ℳ**, worauf sie schleunigst verschwanden.

Das Urteil im Industrie-Spionageprozeß

Düsseldorf, 15. Nov. Das Urteil im Industriespionageprozeß lautete: Der Angeklagte Dr. Jansen wird freigesprochen. Es werden verurteilt: Der Angeklagte Dr. Buntrock wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 17 Abs. 2 (unlauterer Wettbewerb) in teilweiser Tateinheit mit § 18 zu einer Gefängnisstrafe von **1 Jahr** und 2000 ℳ Geldstrafe, der Angeklagte Dr. List wegen fortgesetzten Vergehens gegen 17 Abs. 2 zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 100 ℳ Geldstrafe bzw. 20 ℳ für einen Tag Gefängnis.

Bassanesi-Prozeß in Lugano

Lugano, 17. Nov. Unter großem Andrang des Publikums und der internationalen Presse begann heute vormittag der Prozeß gegen den antifaschistischen Rechtsanwalt **Bassanesi**, der, wie gemeldet, am 1. Juli cr. **aus einem Flugzeug antifaschistische Flugblätter über Mailand abgeworfen** hatte und beim Rückflug **in der Schweiz abgestürzt** war. Das Flugzeug gehörte dem Direktor der französischen Flugsportzeitschrift Avion, Gaston Brabant, der verdächtig ist, an dem Fluge teilgenommen zu haben. Brabant ist gleichfalls unter Anklage gestellt, aber nicht zur Verhandlung erschienen. Die heutige Vernehmung Bassanesis ergab keine neuen Momente. Bassanesi lehnte es ab, sich darüber zu äußern, wohin er mit seinem Flugzeug geflogen war, nachdem er das schweizerische Gebiet verlassen hatte und ob er wirklich bis Mailand gekommen war.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Weitere Wahlergebnisse

Jöhlingen. **Bürgerausschuß:** Zentrum 296, **Soz. 173, KPD.** 278, Bürgervereinigung, Nazi 314. — **Gemeinderäte:** Zentr. 303, **Soz.** 174, KPD. 283, Nazi 157, Bürgervgg. 319.

Horden im Murgtal. Z. 278 (Reichstagswahl 358), **S. 221** (357), NS. — (41), KPD. — (40), Bürgerpartei 181.

Gondelsheim. S. 158, Bürgerpartei 128, Arbeiterpartei 62, Mittelstandspartei 76, Wirtschaftspartei 63.

Heidelsheim. Z. 109 (Reichstagwahl 76), **S. 242** (303), K. 130 (45).

Oberarombach. S. Gemeinderat 185, Z. 166, **Gemeindeverordnete S. 170,** Z. 178, **Kreisabgeordnete** Zentrum 155, **S. 146,** NS. 43, KPD. 6, **Bezirksrat** Zentrum 155, **S. 143,** NS. 43, KPD. 6.

Meßkirch. Zentrum 576 Stimmen, Freie Wahlvereinigung 727, Sparbund 28. Auf Grund des Wahlergebnisses für den Bürgerausschuß ist die Wahl des der Deutschen Staatspartei angehörenden Kaufmanns Wendling zum Bürgermeister von Meßkirch gesichert.

Engen. In den Bürgerausschuß wurden gewählt: Z. 15, **S. 9,** SPD. 2, Bürgerl. Vergg. 0 und neutrale Wählergruppe (einschl. NS.) 13.

Herbolzheim. S. 177 (5 Mandate), Bürgerliche Vergg. 707 (21), Bürgervereinigung 764 (22).

Kürnbach. Wahlberechtigt 756; abgegebene Stimmen 379: **S. 125,** Z. 68, Bürgerliste 188.

Wertheim-Stadt. Z. 2 Gemeinderäte, **S. 1,** NS. 5, E.V. 2, D.P. 1, Bürgerliche Vereinigung 2.

Landa. Z. 327 (2 Gemeinderäte), NS. 131 (1), **S. 260 (2),** Bürgervereinigung 367 (3).

Tauberbischofsheim-Stadt. Wahlberechtigt 2159, abgestimmt 1921 gleich 89 Prozent. Z. 516 (3 Gemeinderäte, 15 Gemeindeverordnete), Vereinigte arbeitende Stände 374 (2 bzw. 10), Gruppe für Grundbesitz, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe 352 (2 bzw. 10), Gemeinnützige Vgg. 352 (2 bzw. 8), Sparpartei 250 (1 bzw. 5).

Mosbach-Stadt. Wahlbeteiligung 81,5 Prozent. Z. 813 (22 Gemeindeverordnete), **S. 253 (7),** Staatspartei 139 (3), KPD. 104 (2), E.V. 156 (4) Rechtsblock 796 (22).

Eberbach-Stadt. Z. 478, **S. 539,** NS. 686, Staatspartei 216, KPD. 91, E.V. 97, D.P. 118, Liste der schaffenden Stände 82, Bürgervereinigung 366, Parteilose Gruppe 128.

Bühl. Z. 971 29, Sitze im Bürgerausschuß (29), **S. 151, 4 (5),** NS. 498, 15 (0), E.V. 120, 3 (0), Gewerbebund und Wirtschaftspartei 325, 9 (26). — Für den Bezirksrat wurden in der Stadt Bühl abgegeben: Z. 1034, **S. 167,** NS. 508, Staatspartei 39, KPD. 9, Wirtschaftspartei 145, E.V. 120, Bad. Bauernpartei 9. — Bei den Kreisabgeordnetenwahlen entfielen in der Stadt Bühl auf Z. 106, **S. 175,** NS. 545, Staatspartei 58, KPD. 6, E.V. 127, Bad. Bpt. 11.

Eppingen. Z. 311 (2 Gemeinderäte), **S. 194 (1),** KPD. 122 (1), E.V. 156 (1), Bad. Bauernpt. 196 (2), Gewerbe, Handel und Mittelstandsvgg. 128 (1), Landbund 144 (1), Bürgervgg. 143 (1).

Achern. Z. 770, 24 (23) Sitze, **S. 261 8 (15),** Staatspt. 96, 2 (7), SPD. 83, 2 (0), Wirtschaftsbund 429, 13 (0), NS. 304, 11 (0).

Michelbach. Zentr. 364 (Reichstagswahl 341), **Soz. 171** (156).

Stautenberg im Murgtal. Soz. 201 (Reichstagswahl 169), NS. 77 (169), Bürgerpartei 144, Bürgerblock 56. Es erhalten Sitze: Bürgerausschuß: **SPD. 15 (bisher 15),** NSAP. 1 (—), Bürgerpartei 10 (21), Bürgerblock 3 (—); Gemeinderäte: **SPD. 3 (bisher 3),** NSAP. 1 (—), Bürgerpartei 2 (3), Bürgerblock 0.

Graben. Gemeindewahl. Soz. 250 (1926: 166), DV. 183 (251), Z. 192 (—), StP. 257 (338), DP. 385 (428). **Kreisabgeordnete:** Z. 10, **Soz. 243,** DV. 171, NS. 193, StP. 254, EV. 29, DP 346, KV. 7. **Bezirksratswahl:** Z. 13, **Soz. 236,** DV. 164, NS. 194, StP. 258, EV. 30, DP. 354, Bür. Vgg. Durlach 1, KV. 11.

Walshausen. Zur Gemeindewahl waren zwei Vorschlagslisten eingereicht. Eine von der **SPD.** die andere von der Bürger- und Bauernpartei (Landbund, Nat.-Soz., Ev. Volksdienst usw.). Von den Wahlberechtigten haben 354 abgestimmt. Zur Gemeindewahl erhielten: **Liste 2, SPD. 133** (1926: 132) Stimmen, **2 Gemeinderäte und 15 Gemeindeverordnete.** Bürger und Bauernpartei 184 (1926: 143) Stimmen, 4 Gemeinderäte und 21 Gemeindeverordnete. Mit der Wahl wird sich wohl das Bezirksamt noch zu beschäftigen haben, da das Wahlgeheimnis insofern nicht gewahrt worden ist, weil die Wähler mit ihren Stimmzetteln und Wahlumschlägen das Wahllokal verließen, und sich dann auf dem Korridor und der Treppe aufhielten und von Mitgliedern der Wahlkommission Weisungen entgegennahmen, wohin sie das Kreuz machen sollen.

Die Kommunalwahlen in Freiburg

Freiburg i. Br., 17. Nov. Mit einer Stimmenzahl von 7963 ist die **Sozialdemokratie** bei den diesmaligen Gemeindewahlen die **weitstärkste** Partei auf dem Freiburger Rathaus geblieben. Ihr fallen **18 Stadtverordnetensitze** und wie bisher **5 Stadtratsmandate** zu. Gegenüber den Kommunalwahlen vom November 1926 beträgt der sozialdemokratische Stimmenzuwachs **2871.** Eine schwere **Niederlage** hat der **bürgerliche Mischmasch,** der als Bürgergemeinschaft in den Wahlkampf zog, erlitten. Sie, die Bürgergemeinschaft, **brachte** nur 3520 Stimmen auf, während die jetzt bei ihr vereinigten Parteien (Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Staatspartei und die Gruppe der Geschädigten) im Jahre 1926 zusammen 5410 Stimmen erhielten. Die aus ihren Reihen fahnenflüchtigen Wähler sind wohl in der **Mehrzahl** zu den **Hakenkreuzlern übergelaufen, welche 14** Vertreter in den Bürgerausschuß entsenden. **Diesen ist jedenfalls** jetzt schon schwül zu Mute, wenn sie **daran denken, welch himmelweiter** Unterschied zwischen großmauligen Wahlversprechungen und Einlösung solcher Versprechungen besteht. **Wenig Freude über den** Wahlausgang empfinden zweifellos auch die **Kommunisten,** die bei ganze Mandate — soviel wie vor 8 Jahren — ergattert haben. Dagegen hat, verglichen mit der Wahl vom Jahre 1926, das **Zentrum** seine Stimmenzahl **erheblich** gesteigert; es verfügt im Stadtparlament über 30 Sitze, bisher waren es 29. Wer aber die Wahlkreise des Zentrums hinter den Kulissen kennt, wundert sich über das Abstimmungsergebnis nicht. — Die Wahlbeteiligung in der Stadt Freiburg mit 62 477 Wahlberechtigten betrug **wenig über** 60 Prozent. **Auffallend ist, daß gerade in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung der erheblichste Teil der Nichtwähler zu finden ist.**

hs.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Heute, Dienstag abend, 8 Uhr, Sitzung des **gesamten Parteivorstandes.** Um 7 Uhr Sitzung der **Wahlkommission.** Lokal: **Lessingschule. Das Erscheinen sämtlicher Vorstands- und Kommissionsmitglieder ist notwendig. Anfang pünktlich** 7 bzw. 8 Uhr.

Ausstellung. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Gruppe Durlach veranstaltet am 28., 29. und 30. November im städt. Vortragssaal (Kaserne) eine große Ausstellung. Neben Bastelarbeiten sehen wir den ganzen Aufbau unserer Bewegung, sowie das Leben und Treiben in unseren Kinderrepubliken. Arbeitereltern, Genossen! Haltet Euch die Tage zum Besuch unserer Ausstellung frei!

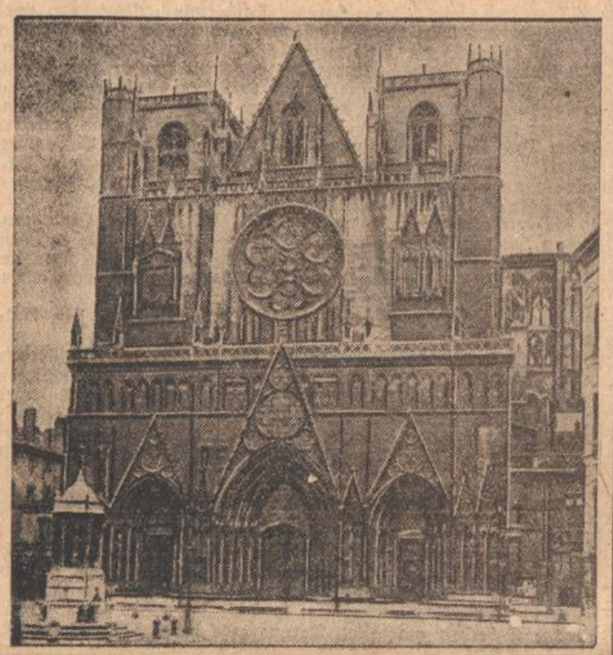
Partei-Nachrichten

Teutschneureut. Der Volksfreund liegt hier in folgenden Lokalen auf: Gasthaus zum „Lamm", Gasthaus zur „Traube", Gasthaus zum „Grünen Baum", Metzgerei Wilhelm Schnürer, Metzgerei Hermann Schmidt, Bäckerei Adolf Wohlwend, Kolonialwarengeschäft Rudolf Schemmpp.

Gewerkschaftsbewegung

Der Bundesausschuß des ADB. gegen die Kürzung der Beamtengehälter

Bn. Der vom Bundeskongreß neu gewählte Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner ersten Sitzung in einer ausführlichen Entschließung zur wirtschafs- und finanzpolitischen Lage Stellung genommen. Darin wird betont, daß auch die **freigewerkschaftliche** Beamtenbewegung es vor allem für erforderlich hält, unter Anspannung aller Kräfte zu versuchen, einem Weitertreiben der Wirtschafs- und Finanzkrise zur Katastrophe zunächst durch eine durchgreifende Sanierung der öffentlichen Finanzen entgegenzutreten. Der Bundesausschuß weist aber die geplante **schematische** Gehaltskürzung der Beamten als **ungerecht** zurück, da die Beamten der untersten Gruppen mit einer steuerlichen Mehrbelastung von weit über hundert Prozent belegt werden, während man den hohen und höchsten Einkommen nur eine fünfprozentige Erhöhung der Steuer zumutet und daneben sogar Besitz- und Kapitalsteuern weitgehend ermäßigt. Durch den geplanten gleichmäßigen Abzug würden die unteren Gruppen der Beamten zwei- bis dreimal so stark belastet als die hohen und höchsten Gruppen. Im übrigen weist der Bundesausschuß darauf hin, daß das Ausmaß der Besoldungserhöhung von 1927 keine Berechtigung für eine derartige rigorose Gehaltskürzung bietet; denn die Besoldungsreform von 1927 habe neben einem sehr verspäteten Ausgleich für die Teuerungsentwicklung der Jahre 1924 bis 1927 nur sehr geringe reale Aufbesserungen gebracht, die durch die geplante Gehaltskürzung zum Teil nicht nur aufgehoben, sondern überschritten werden. Der Beschluß schließt mit dem dringenden Appell an die Beamtenschaft, nicht den Lockungen radikaler Versprechungen von links und rechts ihr Ohr zu leihen, sondern



Die Kathedrale St. Jean von Lyon
im Mittelpunkt des zerstörten Häuserblocks. Jetzt ist sie das Asyl der Obdachlosen und Verletzten.

angesichts des Ernstes der Stunde zu erkennen, daß für die Beamtenschaft der Platz in dem ihr aufgezwungenen Kampfe nur an der Seite der politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft sein kann.

Tabaksteuererhöhung und Tabaksteuer

Baden-Baden. In einer äußerst gut besuchten Versammlung am 13. November, in der der Gauleiter **Ludwig Klein**-Heidelberg über **die drohende Mehrbelastung der Tabakindustrie** durch Steuern und Zölle und die **Folgen für die Tabakarbeiterschaft** eingehend referierte nahm die Badener Tabakarbeiterschaft folgende Stellung durch einstimmig angenommene Entschließung ein. „Die am 13. November 1930 stattgefundene Tabakarbeiterversammlung in Baden-Baden nimmt mit **Entrüstung** Kenntnis von der erneut geplanten steuerlichen Mehrbelastung der deutschen Tabakindustrie.

Auf Grund der Erfahrungen der bisherigen Tabaksteuererhöhungen steht fest, daß stets **große Erschütterungen** für die gesamte Tabakindustrie eingetreten sind, die sich besonders auswirkten zu ungeheuren Schäden für die deutsche Tabakarbeiterschaft durch **Vernichtung vieler Existenzen.** Also Not und Elend vieler Tabakarbeiterfamilien war die Folge. Die gegenwärtige Tabaksteuervorlage, **die rund 200 Millionen Mark Mehrbelastung** bedeutet, hätte zur **Folge den vollständigen Zusammenbruch** der deutschen Tabakindustrie, **weil** die Konsumenten der Tabakfabrikate nicht in der Lage sind, die durch die Steuer bedingten erhöhten Verkaufspreise zu tragen. Auf Grund dessen würden nicht nur viele Firmen bedroht in ihrer Existenz, sondern auch mindestens **60 bis 70 000 Arbeiter und Arbeiterinnen** würden arbeitslos, ohne die Möglichkeit zu haben, andere Arbeitsgelegenheiten zu finden.

Deshalb lehnt die Arbeiterschaft die Vorlage ab und appelliert an die badische Regierung und an die **Vertreter im deutschen Reichstag,** alles daran zu setzen, um das drohende Unheil für die Tabakindustrie abzuwehren.

Sollte wieder Erwarten eine Belastung der Tabakindustrie erfolgen, ganz gleich in welcher Beziehung, so erwartet die Versammlung, daß alle durch das Gesetz geschädigten Arbeiter und Angestellten des Tabakgewerbes **Anspruch** haben auf mindestens 75 **Prozent** des entgangenen Lohnes oder Gehalt.

Zugleich appelliert die Versammlung an die noch fernstehenden Berufsangehörigen, aus ihrer Gleichgültigkeit herauszutreten und sich **sofort** unserer Berufsorganisation, das ist der **Deutsche Tabakarbeiterverband,** anzuschließen, damit nicht nur das uns alle bedrohende Tabaksteuergesetz mit Erfolg abgewehrt wird, sondern auch alle sonstigen Arbeiterbelange mit größtem Erfolg in Gegenwart und Zukunft vertreten werden können.

Hoffentlich werden nun alle Tabakarbeiter in Not und Elend den Ernst der Situation richtig erkennen. Dies gilt besonders für **die in der badischen Zigarrenindustrie Beschäftigten.** Auch andere Vorkommnisse in den einzelnen Fabriken, wo man die am 1. Oktober eingetretene zweiprozentige Lohnerhöhung streitig machte, müssen jedem vernünftig denkenden Arbeiter die Augen öffnen, wieviel die Uhr geschlagen hat.

Also überall ans Werk, **rüttelt die Fernstehenden auf,** schafft die **gemeinsame Front im Deutschen Tabakarbeiterverband,** dann sind wir gegen jede Situation gewappnet. **Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen allerorts ihr seid gewarnt!** Heraus aus der Reserve an die Front, denn es geht um unsere gemeinsame Existenz.

Wer jetzt noch fern bleibt, begeht Verrat an sich, seiner Familie und seinen Berufsangehörigen.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Zahlstelle Baden-Baden.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau

Berlin, 18. Nov. (Funkdienst.) Der Zechenverband hat den kürzlich gefällten Schiedsspruch für den Ruhrbergbau angenommen und **seine Verbindlichkeitserklärung** beantragt. Der Antrag dürfte heute im Reichsarbeitsministerium eingehen. Voraussichtlich werden die Nachverhandlungen noch im November in Berlin stattfinden.

Eine kommunistische Gemeinheit. Das kommunistische **Ruhr-Echo** hat sich eine neue, einfach **beispiellose Gemeinheit gegen den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Husemann** geleistet. Nachdem die Echo-Redakteure vor Gericht für ihre Behauptung, Husemann habe mit Curtius 1929 bezüglich der Lohnbewegungstaktik heimlich Abmachungen getroffen, auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnten, stellten sie jetzt in dem Text über die Gerichtsverhandlung ein Bild, das die Ueberschrift trägt: „Husemanns Geheimverhandlungen mit Curtius". Unter dem Bild steht: Ein Festessen, an dem sich natürlich auch Sozialdemokraten beteiligten. Links sitzt SPD-Müller, daneben Curtius, die Zentrumsleute Wirth und Guerard. Herr Husemann konnte nicht auf dem Bild festgehalten werden." Damit soll der Eindruck erweckt werden, als ob Husemann doch mit Curtius über die Bergarbeiter verhandelt habe.

Tarifkündigung im Holzgewerbe. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des deutschen Holzgewerbes hat den Mantelvertrag zum 15. Februar 1931 gekündigt und beschlossen, einen Abbau sämtlicher Löhne um 15 Prozent zu fordern.

Der Konflikt in der Rheinschiffahrt. Der Reichsarbeitsminister hat als Sonderschlichter für die am Dienstag stattfindenden Verhandlungen für die Rheinschiffahrt den Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten in Köln bestellt.

Die Tarifparteien der Aachener Steinkohlenbezirke sind übereingekommen, daß das Abkommen über Lohn- und Arbeitszeit über den 30. November hinaus verlängert wird und die Lohnregelung am 31. März 1931 endet. Ueber die Neuregelung wird in der ersten Märzwoche verhandelt.

Gemeindepolitik

Kommunale und öffentliche Arbeitgeberverbände für Arbeitszeitverkürzung

Der Vorstand des Reichsverbandes **kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände** Deutschlands e. V. (Reichsarbeitgeberverband) hat sich mit den Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt.

1. Der Vorstand ist aus allgemeinen sozialpolitischen Erwägungen bereit, seinen Mitgliedern als vorübergehende Maßnahme streng zu empfehlen, daß sie **zwecks Einstellung weiterer Arbeitskräfte** aus der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen eine **Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich** überall da einführen, wo die betriebstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnisse solche ermöglichen.

Wo infolge Arbeitsmangels eine volle Beschäftigung der Belegschaft nicht mehr möglich ist, wird von den einzelnen Verwaltungen erwartet, daß sie, soweit solches möglich, **vor Arbeiterentlassungen eine Kürzung der Arbeitszeit** vornehmen. Der Reichsverband wird mit den **Gewerkschaften** sofort die erforderlichen zentralen Besprechungen aufnehmen.

Zugleich sollen die **Reichs- und Staatsbehörden** ersucht werden, in gleicher Richtung in ihren Betrieben vorzugehen.

2. Alle Bestrebungen auf **Senkung der Preise,** besonders auf dem Gebiete des notwendigen Lebensbedarfes, sind nachdrücklichst zu **unterstützen.**

Von den Mitgliedern des Reichsverbandes wird erwartet, daß sie im Zusammenhang mit der in der öffentlichen Wirtschaft und der Privatwirtschaft eintretenden Lohnsenkungen die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen werden.

Gemeinderatsbeschlüsse

Oppenau (Sitzung vom 13. November)

Der ausgeschriebene Holzverkauf wird vorgenommen, soweit die Gebote genügend erscheinen; zum Teil kann der Zuschlag nur erfolgen, wenn die Gebote aufgebessert werden. — Der Gemeinderat nahm den persönlichen Vortrag des Geschäftsführers des Badischen Waldbesitzerverbandes, Herrn Forstrat Eisenkolb, über das Tätigkeitsgebiet und die Bestrebungen des Bad. Waldbesitzerverbandes entgegen. Der Vortrag überzeugte davon, daß zu einer Besserung der Lage des Waldbesitzers heute mehr denn je eine nachdrückliche Vertretung seiner Interessen notwendig ist und daß diese mit Erfolg nur durch den Zusammenschluß erfolgen kann. — Ratsdiener Hofer wird ermächtigt, für die Stadtkasse und deren Nebenkassen Geld zu erheben. — Die Sammlung zur Bekämpfung des Krebses ergab hier 105.17 ℳ. — Ueber die Verwertung der Fahrnisse von zwei Ortsarmen wird Bestimmung getroffen. — Ueber den größten Teil der Arbeiten an den Stützmauern usw. im Kniebiswald kann laut Abnahme durch die Kommission abgerechnet werden. — Anschließend an die Sitzung nahm der Gemeinderat Gelegenheit, die umgestalteten Räume der Städt. Sparkasse zu besichtigen. Der jetzige Zustand entspricht den heutigen Anforderungen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 14. Nov.: Johann Bauer, 27 Jahre alt, ledig, Fabrikarbeiter. — 15. Nov.: Rosina Birkel, 56 Jahre alt, Ehefrau von Karl Birkel, Reichsbahnobersekretär. Beerdigung am 18. Nov., 15 Uhr. Karolina Hölzer, 84 Jahre alt, Witwe von Johann Hölzer, Fabrikarbeiter (Rintheim). Emilie Bissinger, 81 Jahre alt, Witwe von Karl Bissinger, Bäckermeister. Jakob Kaufmann, 71 Jahre alt, Ehemann, Amtsdiener. Beerdigung am 18. Nov., 15.30 Uhr. Hermann Willnauer, 45 Jahre alt, Ehemann, Schlosser. Beerdigung am 18. Nov., 14 Uhr. — 16. Nov.: Luise Dörr, 61 Jahre alt, Ehefrau von Johann Dörr, Friseur. Beerdigung am 18. Nov., 14.30 Uhr. Oskar Spahr, 42 Jahre alt, Ehemann, Reichsbahninspektor. Beerdigung am 18. Nov., 13.30 Uhr. Friederike Schnaufer, 70 Jahre alt, ledig, Köchin. — 17. Nov.: Emil Kistner, 65 Jahre alt, Ehemann, Blechner- und Installateur. Beerdigung am 19. November, 14.30 Uhr. Emil Burkhard, 67 Jahre alt, Witwer, Prediger, Beerdigung am 19. Nov., 14 Uhr.

Diese Woche
Garantiert
Ziehung 22.11.30
ROTE KREUZ
GELD
LOTTERIE
15000
6000
5000
1000
Los 1.- M Porto u. Liste 35 ₰
Stürmer
Mannheim O 7.11
Postsch. 17043 K'rhe
alle Lotterieeinnehm. u. Verkaufsstellen

Städtische Sparkasse Karlsruhe

Für unsere Spar- und Giro-Kunden im Stadtteil Rüppurr ist eine
Annahmestelle E
zur Empfangnahme von Spar- und Giro-Einlagen in der Filiale der Firma 1623
Paul Burchard
Rüppurr, Raitatter Str. 54
eröffnet worden. Die Gutschrift bezw. die Verzinsung erfolgt mit der gleichen Wirkung, als wenn die Einlage bei der Sparkasse unmittelbar getätigt wäre.
Städt. Sparkassenamt.

Der Marxzeller Mord

5. Verhandlungstag

Abschluß der Beweisaufnahme — Die Plädoyers

fm. Karlsruhe, 17. Nov. Heute vormittag weilte der Schwurgerichtshof nebst dem Anklagevertreter, Ersten Staatsanwalt Dr. Weiß, den Verteidigern Rupp und Rohde, dem Angeklagten Schneider, sowie verschiedenen Zeugen, die Feststellungen am Tatort vorgenommen haben, in Marxzell,

um an der Mordstelle und der näheren Umgebung einen Augenschein vorzunehmen.

Unserem Bericht über die Samstagsverhandlung sei noch nachzutragen, daß Polizeirat **Schuhmacher** als Zeuge auch Auskunft über seine Erhebungen bezüglich der zwei am Mordsonntag von verschiedenen Zeugen vernommenen Schüsse gab. Der erste Schuß fiel im Burbacher Wald, der zweite Schuß — dies war der tödliche — wurde im Meisenbachtal abgegeben. Der erste Schuß ist von einem Emil Schneider aus Burbach auf den Schneider Burbach abgegeben. Letzterer ist als „klassischer Zeuge" gehört worden. Er hatte einen Rausch gehabt. Schneider wollte dem Bauer Angst machen, füllte eine Pistole und gab einen Schuß daraus ab. Dies war der erste Schuß, den einzelne Zeugen gehört haben.

Heute nachmittag wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Zeuge **Hörder** gibt Auskunft darüber, daß er im Oktober 1925 gegen Schneider wegen des Besitzes zweier Infanteriegewehre Anzeige erstattete. Die damaligen Erhebungen wurden durch Gendarmeriewachtmeister Schork gemacht. Der Name Görig sei damals nicht erwähnt worden.

Zeuge Gendarmerieoberwachtmeister **Thoma** hat den von der Verteidigung als Zeugen angerufenen Handwerksburschen Hermann Mohr aus Pfaffenrot am 29. Dezember vernommen. Mohr saß am Tisch mit Schneider und den anderen Fußballern am gleichen Tisch. Er ist um ¾7 Uhr in den „Schönblick" gekommen. Er konnte angeben, daß während er dort anwesend war, Schneider Klavier spielte. Etwa 7.15 Uhr sei Schneider weggegangen. Mohr sei später mit den anderen Fußballkameraden nach Hause gegangen.

Zeuge **Wachtmeister Dietz** fuhr am Vormittag des 23. Dezember das Auto der Gerichtskommission. Er ist, da Glatteis war, langsam gefahren. Am Boden hat er **Blutflecken und das Messer des Ermordeten liegen sehen.** Durch herabhängende Aeste war die Sicht auf das Wasser beeinträchtigt und er hat die Leiche des Ermordeten nicht gesehen. Wie er später bemerkte, **lag die Leiche mit dem Kopf nach unten im Wasser.** Der Rumpf lag frei. Er hat nicht beobachtet, ob der Angeklagte einem Auto auswich und dadurch die Möglichkeit bekam, die Leiche zu sehen.

Als nächster Zeuge wird **Chauffeur Tschernitz** aus Bremen gehört. Er hatte am Morgen nach der Tat eine Dienstfahrt nach Marxzell zu fahren. Schneider brauchte seinem Wagen nicht auszuweichen.

Gendarmeriehauptwachtmeister **Enis** schildert, wie Braun wegen der ständigen Fischdiebstähle bei ihm Anzeige erstattete. Braun sei sehr aufgebracht gewesen und hatte angegeben, er habe eine Fischreuße im Sägewerk stehen sehen. Er habe den Ehrgeiz gehabt, die Fischdiebe auf frischer Tat zu erwischen. Als Hauptschuldigen und Triebfeder erachtete er (Braun) den Angeklagten Franz Schneider.

Zeuge **Markus Meier,** Maurermeister aus Freiburg, früher Karlsruhe, baute 1927/28 in Marxzell die abgebrannte Mühle auf. Schneider hat ihm einige Leute für die Aufräumungsarbeiten zur Verfügung gestellt, u. a. war Otto Schneider, der Bruder des Angeklagten, dabei. Dieser war etwas leichtfertig und ist mehrfach von der Arbeit davongelaufen. Einmal zeigte er dem Zeugen ein Militärgewehr Modell 98 in einem Sack. Das war Mitte August 1927.

Vorsitzender: Wie sind Sie mit Schneider ausgekommen?

Zeuge: Wenn ich Geld gehabt hätte zum Prozessieren . . .

Vorsitzender: Also, Sie sind nicht gut mit ihnen ausgekommen.

Rechtsanwalt **Rupp** beantragt die Ladung des Zeugen Bürgermeister Lumy von Ettlingenweier, um Auskunft darüber zu geben, daß der junge Görig wegen Sprengstoffvergehens verurteilt wurde und auch einmal mit einem Maschinengewehr geschossen habe.

Gendarmeriewachtmeister **Schultis** gibt an, daß sich der junge Görig einmal mit einer gefundenen Sprengstoffkapsel zu schaffen machte, die explodierte, wobei die Tochter eines Hauptlehrers ein Auge verloren habe. Görig habe ein Jahr Gefängnis erhalten — wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Zeuge Regierungsrat **Arnsperger** gibt Auskunft über in der Nähe des Tatortes angestellte Gehversuche. — Zeuge Otto **Schneider,** der Bruder des Angeklagten, gibt an, daß sein Bruder Franz Schneider seine Notdurft meistens im Freien verrichtet; das habe er sich, seit er in der Lenderschen Anstalt war, angewöhnt aus der Befürchtung, sich anstecken zu können.

Zeuge Mechaniker **Braun,** der Bruder des Ermordeten aus Bad Teinach, stellt seinem Bruder das Zeugnis eines tüchtigen Geschäftsmannes aus. Das gespannte Verhältnis zwischen ihm und Schneider war dem Zeugen bekannt; sein Bruder sei wiederholt darauf und auf die Fischdiebstähle zu sprechen gekommen. Am 12. November vorigen Jahres hat er seinen Bruder zum letzten Male gesehen. Ganze Nächte war er (der Ermordete) draußen gewesen, ohne die Fischdiebe erwischen zu können. Aengstlich sei sein Bruder nicht gewesen. Der Zeuge hat sich Sorgen um ihn gemacht. Vom Tode seines Bruders erfuhr er telephonisch durch Postmeister Kraft in Marxzell, der ihn am Vormittag des 23. Dezember anrief. Sein erster Gedanke sei gewesen, daß ihm durch Schneider ein Leid angetan worden sei.

Es wurde dann Rechtsanwalt **Rohde,** den der Angeklagte von seiner Schweigepflicht entband, als Zeuge gehört. Er gibt an, daß er schon im Januar mit dem Angeklagten im Gefängnis über die Lage der Leiche gesprochen habe. Der Angeklagte habe vom ersten Tag an seine Unschuld beteuert.

Hierauf erstattete Obermedizinalrat **Dr. Schmelcher sein Gutachten.**

Die Verteidigung hat angeführt, daß die Art der Ausführung der Tat auf eine krankhafte Veranlagung des Täters schließen lasse und die Frage gestellt, ob Schneider für den Fall seiner Verurteilung vermindert zurechnungsfähig sei. Nach der **bestialischen Art, wie Braun ermordet** worden ist, müsse angenommen werden, daß dem Täter moralische Gewissenshemmungen gefehlt haben.

Braun sei aus dem Wege geräumt worden durch Erschießen, Erstechen, Erschlagen und Ertränken.

Die Zertrümmerung des Schädels ist an einem Toten erfolgt, das Hineinwerfen in das Wasser ebenfalls. Damit erübrigt sich die Frage nach der Hemmungslosigkeit des Täters. Die Tat ist plan- und programmäßig durchgeführt worden. Der Täter hat mit vierfacher Sicherheit gearbeitet. Daraus gehe hervor, daß es sich bei der Ermordung Brauns nicht um einen **reinen Racheakt** handelte, sondern um eine **Beseitigungshandlung drehe.** Im vorliegenden Falle habe man es mit einem **Wildermilieu zu tun,** nur daß es sich nicht um Hasen und Rehe, sondern um Forellen handelte. Die psychologische Lage ist die Gleiche. Braun wußte und fühlte genau, daß der bestehende Konflikt zu einer Gewalthandlung drängte. Zunächst hat er legal Anzeige erstattet. Es lag für Braun unzweifelhaft ein Wildererkonflikt vor. Aus psychologischen Gründen ist der Täter in den Reihen der Fischdiebe zu suchen.

Schneider stammt aus einer Familie, in der eigentliche Geisteskrankheiten nicht vorgekommen sind. Jedoch ist in der Familie **eine reichliche Kriminalität** vorhanden. Der Angeklagte war in eine Reihe von Strafverfahren verwickelt. Der Privatlehrer Neu hat ausgesagt, daß der Angeklagte geistig minderbegabt sei. Das trifft nicht zu. Er ist wohl an geisteswissenschaftlichen Dingen minder interessiert. Geistig minderwertig ist er jedoch nicht. Schneider ist zu Hause zu früh aus Regiment gekommen, in einem Alter, als er innerlich noch nicht gefestigt genug war. Schneider ist zweifellos ein über den Durchschnitt begabter Mensch mit einem praktisch klaren, kühlen Verstand und sicherem zutreffendem schnellem Urteil. In der Haft hat er sich einwandfrei benommen. Niemals zeigte sich irgendeine Gemütsbewegung nach irgendwelcher Art; er hat das Personal niemals in Anspruch genommen. Während der ganzen Untersuchung war er stets zuvorkommend, höflich und gab auf jede Frage eine vorsichtige Antwort. Während der Hauptverhandlung hat er einen Zynismus an den Tag gelegt, der besser unterblieben wäre. Er ist ein im ganzen recht durchsichtiger Charakter. Zusammenfassend kam der medizinische Sachverständige zu dem Schluß, daß Schneider in jeder Hinsicht zurechnungsfähig und daß die Annahme verminderter Zurechnungsfähigkeit abwegig sein muß.

Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt **Rupp,** beschloß das Schwurgericht die Ladung des Zeugen **Bürkle** aus Bad Teinach.

Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen und auf morgen vormittag halb 9 Uhr vertagt.

Es steht anzunehmen, daß morgen vormittag mit den Plädoyers des Ersten Staatsanwaltes Dr. Weiß, sowie der Verteidiger Rupp und Rohde begonnen wird. Das Urteil dürfte voraussichtlich am Spätnachmittag gesprochen werden.

---

b. **Konstanz.** Ein Provisionsreisender Michael Schöps war für die Firma Hugo Rosenthal A.-G. Bern tätig in Textilwaren. In Konstanz nahm er ein Zimmer an einer Straße, wo viele Reichswehrangehörige vorbeigingen. Auf diese hatte er es abgesehen, rief sie an, bat sie in sein Zimmer und pries hier seine Ware an mit aller Raffinesse. „So billig wie gestohlen" war die Ware und kostete das Paket nur 198 M. War der Kunde bearbeitet, dann standen aber 298 M auf dem Bestellzettel, welchen Betrag er beim Unterschreibenlassen verdeckte. Provision hatte er an jeder Lieferung 100 M. 40 Soldaten hatte er hereingelegt. Der Sachverständige der Handelskammer Konstanz und ein Sachverständiger der Textilbranche schätzen den wirklichen Wert der Sendung auf ie etwa die Hälfte des Verkaufspreises. Der Angeklagte war wegen ähnlichen Geschäften schon dreimal mit Gefängnis bestraft. Nun aber lautete das Urteil auf **1½ Jahr Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe** (oder weitere 3 Monate Zuchthaus) und 3 Jahre Ehrverlust. Es erfolgte sofortige Verhaftung.

Sie sprechen von iMi

dem herrlichen unvergleichlichen iMi!

Alle sind überrascht von seinen wunderbaren, schier unbegrenzten Leistungen. iMi ist tatsächlich etwas ganz Hervorragendes! Spielend macht es Geschirre, Gläser, Bestecke rein und gibt ihnen im Nu blinkende, lachende Frische und appetitliches Aussehen.

iMi leistet noch mehr! Es faßt mit starken Kräften zu, wenn es gilt, stark verfettete und verschmierte Dinge, wie Töpfe, Pfannen, Bestecke und Holzgeräte, schnell und gründlich zu säubern. iMi kann viel! Eine tüchtigere Haushilfe finden Sie nicht! Spülbecken, Aufnehmer, Putz- und Bohnertücher, Mops, Böden und Ausgüsse — verblüffend schnell befreit sie iMi vom zähesten Schmutz.

Machen Sie einmal einen Versuch! Der Erfolg wird auch Sie überraschen!

Henkel's
Aufwasch·Spül·und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

18. November. 1827 †Dichter Wilhelm Hauff. — 1863 *Dichter Richard Demel. — 1887 †Physiker Gustav Th. Fechner. — 1889 Elberfelder Geheimbundsprozeß. — 1907 †Englischer Dichter Lewis Morris. — 1918 Proklamation der Republik Lettland. — 1928 Reichshilfe für die Ausgesperrten an der Ruhr.

Ein Zug der Zeit

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: In der **Badischen Presse** Nr. 524 vom 11. ds. Mts. konnte man folgendes „zeitentsprechendes" Inserat lesen:

> Pens. Oberzahlmeister und Staatsbeamter m. franz. u. ital. Sprachkenntn. s. tägl. Beschäftigung in rechn. u. schriftl. Arbeiten als Korresp., Buchh. od. sonst. gegen mäßig. Entgelt.
> Angeb. u. Nr. L5886 an Bad. Presse.

Einem stellenlosen Kaufmann, der auch obige Sprachkenntnisse besitzt, muß sich beim Lesen dieser Annonce das Herz im Leib herumdrehen. Ist es nicht genug, daß es nicht mehr möglich ist, als Fachmann eine Stelle zu bekommen? Muß auch noch ein pensionierter Militär- und Staatsbeamter dazu helfen, den Stellenmarkt zu belasten? Dieser Herr Doppelpensionär scheint ja einen ganz feudalen Lebenswandel zu führen, sodaß er es noch nötig hat, den Arbeitslosen das Brot wegzunehmen.

Was sagt denn die zuständige Instanz dazu? Bezeichnend ist es ja, daß ein solches Stellengesuch gerade in der Badischen Presse erscheint, zumal in letzter Zeit in diesem Blatt sehr viel über „Doppelverdiener" zu lesen war. E. K.

Revolutionsfeier

Die Revolutionsfeier der SPD. am Samstag abend in der Festhalle hatte tausende republikanisch und sozialistisch gesinnter Menschen in der Festhalle versammelt. Ein Aufmarsch, der sich sehen lassen konnte und der zugleich ein Bekenntnis für die demokratische Republik war, dem die Schwere der wirtschaftlichen Krise und die Atmosphäre des Hasses und der Verleumdung, der durch die Nationalsozialisten in die Bevölkerung getragen wird, einen besonderen Wert verlieh. Noch wehen die roten Fahnen, noch sind sie das leuchtende Symbol der Arbeiterschaft im Kampf um Freiheit, Frieden und Völkerverständigung. Und die Worte, die in ihrem hellen Schein von der Tribüne herab in die Herzen der lauschenden Menge sich prägten, fanden dort trotz Sorge und Not einen tausendfältigen Widerhall. Die schlichte, eindrucksstarke Feier wurde durch einen Orgelvortrag des Gen. Stark eingeleitet, aus dessen vollen Akkorden der Fanfarenruf der Internationale sich siegreich abhob. Mit klingendem Spiel, die roten Fahnen voran, zog darauf eine Abteilung der Jugend in den Saal und nahm auf der Tribüne Aufstellung. Dann gab Staatsschauspieler Brand mit seiner von innerer Ueberzeugung getragenen und darum ergreifenden Vortragskunst den aufrüttelnden und begeisternden Versen der Arbeiterdichter Grieser, Mühsam und Friedrich Wendel Ausdruck, die in ihrer tiefen Verbundenheit mit dem Leben des Arbeiters, mit seinem Wollen und seinen Zielen die Herzen der Zuhörerschaft weit aufschloß. Aus dem Sprechchor der Jugend, der in rhythmischer Klarheit durch den weiten Saal klang, entstand die in brüderlichkeit tragende Gemeinsamkeit des Proletarierschicksals aller Länder: Rund, rund um den Erdball wuchtet Eisenschritt!

Die Volkssingakademie, die sich unter der sicheren und feinfühlenden Stabführung ihres bewährten Dirigenten Dr. Heinz Knöll zu einer künstlerischen Chorgemeinschaft entwickelt hat, auf die die Arbeiterschaft mit Recht stolz sein darf, gab mit ihren Chören: Empor zum Licht und Morgenrot, dein heilig Glühen den weihevollen Auftakt zu der Rede des preußischen Innenministers, unseres Genossen Severing, der mit brausendem Beifall bei seinem Erscheinen im Saal, sowie auf der Rednertribüne empfangen wurde. Aus seinen mitreißenden Ausführungen, aus denen unerschütterliche Tatkraft und begeisterter Siegerwillen sprach, sei folgende kurze Zusammenfassung gegeben: Wenn die wirtschaftliche Situation auch nicht dazu angetan ist, Feste der Arbeiterschaft zu feiern, so ist es die politische Lage um so mehr, als es gerade heute gilt, mit stolzem Bekennermut zu den Taten des 9. November zu stehen, die die Folgen der unheilvollen Kriegsjahre und den Zusammenbruch der kaiserlichen Regierung in seiner ganzen Schwere vom deutschen Volke abgewehrt hat. In den Regierungen des Reichs und der Länder war vor dem Krieg kein einziger Sozialdemokrat, selbst kein sozialdemokratischer Beamter, und es heißt nur der historischen Wahrheit die Ehre geben, wenn wir das Verbrechen des Krieges und seiner Folgen denen aufladen, die vor der Geschichte die Verantwortung zu tragen haben. Wir sind Pazifisten und wollen Pazifisten sein, nicht des formalen Erfolges wegen, sondern in viel tieferem Sinn um unserer Verbundenheit willen mit dem deutschen Volk, der Welt und der Menschheit. Wo es galt, deutsche Werte zu verteidigen, hat die Arbeiterschaft immer auf den vordersten und gefährdesten Posten gestanden. Hätte in unseren Reihen nicht der feste Wille zur Verständigung gelebt, so wäre noch heute das Rheinland nicht befreit. Es gehören diejenigen, die zum Kriege aufreizen, zur Klasse der Verbrecher gerechnet. Der Arbeiterschaft fällt das Verdienst zu, am 9. November das Chaos von Deutschland abgewendet zu haben. Wenn man uns für alle Wirtschaftsnöte verantwortlich macht, unter denen ja auch die anderen Länder Europas und Amerikas zu leiden haben, so fragen wir, wo denn die andern damals waren, als wir die Erbschaft der bankerotten kaiserlichen Regierung übernehmen mußten. Wüßten sie wirklich wirtschaftspolitische Rezepte und hätten sie das Mittel in der Hand, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen, so wären wir sofort bereit, ihnen die Zügel zu überlassen. So aber schädigen sie die deutsche Wirtschaft aufs schwerste. Die Agitation der Hakenkreuzler ist gestimmt auf die schlimmste Demagogie, den ödesten Rassenhaß, der in dem Satz ausklingt: der Jude muß für alles aufkommen. Es ist für uns wichtig, diese Agitation richtig zu kennzeichnen, weil wir hoffen, daß die 107 Natonalsozialisten im Reichstag uns noch wertvolle Dienste leisten. Sie werden uns aufwecken, uns alle, die wir bequem geworden sind, zu neuer Aktivität anstacheln. Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß

Genosse Severing kam zum Schluß auf die Bedeutung der Gemeindewahlen zu sprechen und erinnerte dabei an die Geburtstage Martin Luthers und Friedrich Schillers, die beide an einem 10. November geboren sind. Der Kampfeswille der Arbeiterschaft muß neu entflammen, eingedenk des reformatorischen Trutzliedes: „Und ob die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen".

Mit der Arbeiterhymne „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" gab die Volkssingakademie der Feier einen erhebenden Abschluß. Der würdige Verlauf der Veranstaltung war der umsichtigen Vorbereitung des Genossen Prof. Roßbach zu verdanken.

Prozentualer Anteil der einzelnen Parteien bei der Stadtverordnetenwahl

Von je 100	Stadtverordnetenwahl vom 16. Nov. 1930	Reichstagswahl vom 14. Sept. 1930	Stadtverordnetenwahl vom 14. Nov. 1926
Einwohnern waren wahlberechtigt	71,34	74,19	67,70
Wahlberechtigten haben abgestimmt	53,71	77,59	42,40
abgegebenen Stimmen waren ungültig	0,73	0,78	0,52
abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:			
Kommunistische Partei	9,78	9,71	7,21
Sozialdemokratische Partei	21,44	24,16	28,42
Deutsche Staatspartei (1926 = Demokratische Partei)	3,42	10,73	5,76
Deutsche Volkspartei	4,23		14,70 *)
Zentrumspartei	18,61	16,54	21,72 **)
Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und Kons. Volkspartei	3,56	3,08 *)	5,45
Konservative Volkspartei		0,79	
Evangelischer Volksdienst	4,53	5,03	
Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden)	2,45	2,68	10,89
Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	31,84	25,95	
Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung		1,12	5,85
Freie Bürgervereinigung Durlach			
Freie Bürgervereinigung Durlach-Aue			
Sonstige:			
Badische Bauernpartei (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei)		0,06	
Deutsche Bauernpartei		0,03	
Haus- und Grundbesitzer		0,11	
Polenpartei		0,01	

*) Ohne Konservative Volkspartei **) Einschließlich unpolitische Wirtschaftsgruppe

Versammlung der Beamten

Das **Ortskartell Karlsruhe des Deutschen Beamtenbundes** hielt am 14. ds. Mts. im kleinen Festhallesaal eine Versammlung unter Leitung seines Vorsitzenden, des Oberpostinspektors Seiler, ab, um zu den bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung in Bezug auf die Gehaltskürzung und die Durchführung eines neuen Besoldungsgesetzes gegen die Beamten der Länder- und Gemeinden Stellung zu nehmen.

Verbandsdirektor Weiler (Karlsruhe) hat das Referat zu dem Thema **„Berufsbeamtentum, Wirtschaft und Gehaltskürzung"** übernommen. Er bezeichnete das Berufsbeamtentum als den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht, auf den das deutsche Volk in diesen unglücklichen Zeitläuften mehr als je angewiesen ist und betonte, daß die Beamtenschaft sowohl im Jahre 1918 bei der Staatsumwälzung als auch im Jahre 1920 anläßlich des Kapp-Putsches Deutschland vor dem Chaos bewahrt habe. Der Redner kommt sodann auf die Gründe der heutigen Lage zu sprechen, macht hierfür in erster Linie die durch die unsinnige Rationalisierung in der ganzen Welt hervorgerufene Arbeitslosigkeit verantwortlich, weist darauf hin, daß in Deutschland 96 Prozent der Bevölkerung vermögenslos seien und die übrigen 4 Prozent ihr Vermögen zum großen Teil ins Ausland schaffen,, im Ausland sogen. Dachgesellschaften gründen und ihre deutschen Betriebe unrentabel machen und daß wir neben der Reparation, die wir zu leisten haben, nicht noch die Abwanderung von Milliarden des Volksvermögens in das Ausland ertragen können. Sodann werden die angesichts unserer Not direkt verletzend wirkenden Gehälter der Industriekapitäne berührt, wie z. B. des Generaldirektors Kuno mit jährlich 600 000 ℳ, der Direktoren der J. G. Farben mit jährlich 500 000 ℳ, des Stahlwerksbundes mit jährlich 180 000 ℳ. Es wird darauf hingewiesen, daß die Aufsichtsräte bei der AEG. jährlich je 70 000 ℳ, bei den J. G. Farben je 64 000 ℳ, bei Siemens und Halske je 42 000 ℳ und die ersten 5 Aufsichtsratsmitglieder bei den Vereinigten Glanzstoffabriken je 160 000 ℳ erhalten. Wir hätten es so weit gebracht, daß heute 25 Direktoren so viel verdienen wie 5000 Angestellte ihrer Betriebe. Der Redner glaubt mit Rücksicht auf einen Vortrag im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband in der vergangenen Woche, in welchem die Beamtengehälter gegeißelt wurden, die Aufmerksamkeit dieses Verbandes auf derartige Mißstände lenken zu sollen. Dies gehöre eher in seinen Interessenbereich. Sodann wird auf die Uebersetzung im Zwischenhandel an Hand von praktischen Beispielen hingewiesen.

In der Folge nimmt Verbandsdirektor Weiler zu den Anträgen der Regierung auf Sanierung der Reichsfinanzen Stellung. Er ist nicht der Auffassung, daß durch die Schwächung des inneren Marktes, wie sie die Kürzung der Beamtengehälter, der Schiedsspruch im Metallarbeiterstreik usw. hervorgerufen wird, eine Besserung zu erwarten sei. Die Arbeitslosigkeit würde hierdurch nicht behoben, sondern vermehrt. Die deutsche Beamtenschaft sei gewillt, Opfer zu bringen und sie habe ein Interesse daran, daß sie den Ast, auf dem sie sitzt, nicht absägt, aber sie sei der Auffassung, daß diese Opfer, die man ihr hier zumute, umsonst gebracht werden. Sie fordere die Regierung auf, einmal energisch zuzugreifen, um die Großverdiener, heranzuziehen, der Kapitalflucht zu steuern und die Verwaltungsausgaben durch eine vernünftige Verwaltungsreform, welche den derzeitigen Leerlauf in der Verfassung unseres Reiches beseitige, zu beschränken. In diesem Falle würde die Reichsregierung die Unterstützung nicht nur der Arbeitnehmer, sondern zweifellos auch des Mittelstandes hinter sich haben.

Zum Schlusse rechnete der Redner mit dem Verhalten des Reichsfinanzfinisters Dietrich gründlich ab, indem er seine Haltung als Abgeordneter im Reichstag am 18. März 1925, in der er der Reichsregierung erklärte, kein Riese könne sich unterfangen, in 60 000 deutschen Gemeinden die Beamtengehälter dirigieren und regeln zu wollen, mit der Tatsache verglich, daß der Reichsfinanzminister Dietrich dem Reichsrat eine Vorlage unterbreitet habe, in der er die Reglementierung der Gemeindebeamtengehälter unter Ausschluß des Rechtswesens, unter Ausschluß jedes Berufsverfahrens von seiten der Gemeinden oder der Beamten durch das Reichsfinanzministerium und ein Reichsschiedsgericht vornehmen wolle. Eine solche Maßnahme eines verantwortlichen Ministers müsse das Vertrauen zu ihm völlig untergraben.

Der Landeskartellvorsitzende, Verwaltungsoberinspektor Böhringer, machte sodann noch Ausführungen zur Preissenkung.

In einer Diskussion wurden noch einige Punkte zu dem Programm der Reichsregierung und die Stellungnahme des Ortskartelles im Sinne der Ausführungen des Referenten und der Haltung des Deutschen Beamtenbundes gebilligt.

Bergwacht Schwarzwald

Immer, wenn die Herbststürme über die Felder brausen, und auf den Bergeshöhen die Blätter sich malerisch färben, wenn die bunten Vöglein unsere Wälder verlassen, dann tritt eine Schar naturbegeisterter Männer zusammen, um Rechenschaft zu geben, über ein Jahr freudig erfüllter Arbeit, die im Dienste der Menschheit und der Natur in idealer und hingebender Weise geleitet wurde.

Die Bergwacht, Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe, rief ihre Mitglieder kürzlich zusammen, um von ihrem 1. Vorsitzenden, Herrn Speck, Bericht entgegenzunehmen über die geleistete Arbeit im Berichtsjahr 1929/30.

Auch in unsere Schwarzwaldberge haben die Wandervereine, aus denen sich die Bergwacht rekrutiert, ausgewählte Leute geschickt, um als Behüter der Natur aufzutreten. Durch ihr segensreiches Wirken haben sie dafür gesorgt, daß die Auswüchse eingedämmt und das Wanderleben in geregelte Bahnen gebracht wurde. Daran haben für den nördlichen Schwarzwald die Bergwachtleute der Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe einschließlich der Gruppen Baden-Baden und Achern tätigen Anteil. Allsonntäglich sind auch im Berichtsjahr viele Bergwachtleute in alle Richtungen des nördl. Schwarzwaldes gewandert und haben nach dem Rechten gesehen. Vielfach mußten diese B.W.-Leute gegen Auto- und Motorradfahrer aufsehen, die auf verbotenen Wegen fuhren, welche nur dem Fußwanderer vorbehalten sind. Leider nimmt der Autoverkehr bis in die stillsten Winkel unserer Hochtäler und Wälder immer mehr überhand, so daß das Wild und die Vogelwelt, immer mehr auch diese Plätze meidet. Der Lärm der Motore an stillen und einsamen Plätzen des Schwarzwaldes sind keine erfreulichen Zeichen für den ruhesuchenden Wanderer.

Aber auch im Pflanzenschutz hat die Bergwacht ganze Arbeit geleistet. Vielfach waren Aufklärungen und Verwarnungen nötig.

Mit der Aufgabe des Naturschutzes war eng die Ausbildung der B.W.-Leute verbunden. Ein Vortrag von Herrn Prof. Dr. Auerbach über: Lebensgemeinschaften und Naturschutz mit Lichtbildern sowie ein Vortrag von Herrn Prof. Dr. Leininger über den neuen Pflanzenatlas waren willkommene Lehrabende. Eine botanische Wanderung in die Rheinwaldungen unter Führung von Herrn Kustos Kneucker führte die Teilnehmer durch die botanische Wunderwelt, die noch in unseren Rheinwaldungen vorzufinden ist. Auch wurden im botanischen Garten mehrfach die dort angepflanzten geschützten Pflanzen studiert. Eine größere geologische botanische Wanderung in das Wildseemoor unter Führung von Herrn Prof. Dr. Göhringer und Herrn Kustos Kneucker wurde mit einer großen Anzahl B.W.-Leute durchgeführt. Auch die Vogelwarte Rappenwörth wurde besichtigt. So wird alles getan, um die B.W.-Leute in das wunderbare Geschehen der Natur einzuführen, dafür Verständnis zu wecken und somit auch die Liebe zur Heimat geistig zu fördern. Weiter hat die Bergwacht wieder an besonders stark besuchten Plätzen insgesamt 8 Marterln angebracht, die in sinnigen Sprüchen die Wanderer auf Ordnung und Pflanzenschutz hinweisen.

Während so die B.W. die Berge vor dem Menschen schützt, hat sich ihr naturnotwendig eine weitere Aufgabe zugesellt, indem sie die Menschen vor dem Berge schützt. Je mehr der Wintersport Menschen in die Berge führt, desto mehr haben die Unfälle bei Winterzugenommen. Ohne Ueberhebung darf gesagt werden, daß ohne den Beistand der Bergwacht schon mancher hilflos in Eis und Kälte zugrunde gegangen wäre oder der Schaden aus dem erlittenen Unfall hätte sich vergrößert.

Interessant ist die Statistik der Vereinszugehörigkeit. So waren Angehörige des Alpenvereins 6, der Naturfreunde 8, Skiklub 1, Schwarzwaldverein 3, verschiedene Jugendorganisationen 12 und diverse Vereine 16, in keinem Verein 34.

Weiter wurde im Berichtsjahr beschlossen, für die B.W.-Leute eine eigens auf Grund der Erfahrungen ausgestattete Sanitätsbüchse anzuschaffen, die jeder Bergwachtmann im Rucksack bei sich trägt und bei Unfällen jederzeit beistehen kann. Leider konnte wegen Geldmangel nur wenige solcher Büchsen angeschafft werden.

So arbeitet die Bergwacht ohne Reklame, still und bescheiden, als barmherzige Samariter im Dienste der Menschheit und der Natur. Die Bergwacht bildet heute für den Staat ein Hilfsmittel, das in der ideellen Einstellung der Organisation der Allgemeinheit in hervorragendem Maße Nutzen bringen kann. Darum soll der Bergwachtmann im Volke geachtet und seine Arbeit unterstützt werden, denn sie ist von idealen Motiven geleitet und sein Wesen ist Pflichtgefühl, Opfermut, Kameradschaftlichkeit und Heimatliebe.

(:) Der Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen feierte am 8. November in den festlich geschmückten Räumen des Passagerestaurants (Löwenrachen) sein 10jähriges Stiftungsfest. Die Veranstaltung war gut besucht und nahm einen erhebenden Verlauf. Nach Begrüßung der zahlreichen Gäste und auswärtigen Vertreter der Heimatvereine hielt der 1. Vorsitzende, Postinspektor Riehl, eine längere Ansprache, in der er besonders die Bedeutung Ost- und Westpreußens für Deutschland hervorhob. Dann hielt Stadtrat Rosteck die sehr beifällig aufgenommene Festrede. Hierauf wurde die Gründer des Vereins durch Ueberreichung des mit Widmung versehenen Bildes „Das Westpreußenkreuz an der Dreiländerecke" geehrt. Die Vorführungen von Tänzen durch Schülerinnen des Landestheaters sowie die gesanglichen und anderen Darbietungen riefen immer einen ungeheuren Applaus hervor. Bei Musik und Tanz blieben die Mitglieder bis in die frühen Morgenstunden zusammen. Alles in Allem, kann der Verein auf ein wohlgelungenes Fest zurückblicken.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Zur Vermeidung von Zutümern wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß für Vorstellungen im Konzerthaus der Kartenverkauf wie folgt geregelt ist: a) Vorverkauf: Zu den üblichen Kassenstunden an den Werktagen (9.30 bis 13 Uhr; 15.30 Uhr bis 17 Uhr) an der Landestheaterkasse. b) Tageskasse: An Sonntagen von 11 bis 1 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung im Konzerthausgebäude. c) Werktagsvorstellungen: Im Konzerthaus Abendkasse (½ Stunde vor Beginn der Vorstellung) im Konzerthausgebäude. Der sonstige Kartenverkauf erfolgt an der Landestheaterkasse zu den üblichen werktäglichen Kassenstunden.

Bad. Hochschule für Musik. Heute abend 8 Uhr findet im Konzertsaal der Hochschule eine Gedächtnisfeier für den vor 150 Jahren geborenen badischen Liedmeister Konradin Kreutzer statt. Um den Besuch dieser Feier allgemein zu ermöglichen, wurde der Eintrittspreis außerordentlich erniedrigt.

Veranstaltungen

Karl Bleyle — Kompositionsabend. Wie aus dem Inseratenteil zu ersehen ist, findet am Mittwoch, den 26. November 1930, abends 8 Uhr im Musikerhaussaal ein Karl Bleyle-Abend statt. Der schwäbische Komponist, Herr Karl Bleyle hat sich auf allen Gebieten der Musik erfolgreich betätigt und ist besonders durch seine Chor- und Orchesterwerke in weitesten Kreisen bekannt. Sein Schaffen ist tief in der Heimat verwurzelt, was besonders sinnfällig in seinen prächtigen Liedern auf Texte des schwäbischen Dichters Christian Wagner „Am Abend des Hochzeitstages" op. 14 Nr. 3, „Die Schnitterinnen u. Garbenkinder" op. 14 Nr. 1 u. a. die zur Aufführung gelangen, zum Ausdruck kommt. Diese Lieder werden von Fräulein Helene Ceray, (Sopran) Stuttgart gesungen. Am Flügel Herr Franz Konwitschny, Kapellmeister vom Württembergischen Landestheater. Auch auf dem Gebiete der Kammermusik kann Herr Bleyle auf bedeutende Erfolge zurückblicken. So gelangt u. a. auch das „Streichquartett op. 37" ausgeführt von dem Stuttgarter Kleemann-Quartett zur Aufführung, das an den Quartettabenden regelmäßig auf den Konzertprogrammen Eingang gefunden hat. Also ein Programm, das Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Kartenverkauf liegt in den Händen der Musikalienhandlung und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiser- Ecke Waldstraße. Telefon 388.

Berényis ungarische Zigeuner-Kapelle. Eine musikalische Sensation steht der badischen Landeshauptstadt bevor: am kommenden Sonntag, den 23. November wird abends 8 Uhr in der großen Festhalle das Symphonie-Orchester der Zigeuner-Primasse bei uns spielen. Der bekannte ungarische Dirigent und Geigenvirtuose Berény hat die besten Geiger, Cimbalisten und Bläser aus den ungarischen Kapellen zu einem Klangkörper vereinigt, der das Entzücken der europäischen Konzertsäle hervorruft. Kein Geringerer als Franz Liszt hat schon vor Jahren den Wunsch geäußert, seine ungarischen Rhapsodien einmal von echten Zigeunern auf Original-Instrumenten der Pusta gespielt hören zu können; aber es war nie möglich ein Zigeunerorchester von mehr als zehn oder zwölf Mann zusammenzubringen. Denn die Zigeuner sind — Romantiker! Es muß schon ein Dirigent von suggestiver Kraft kommen, um nun gar 40 Zigeuner, wie in Berényis Kapelle, unter einen Hut zu bringen. — Da, wo überall, auch in Karlsruhe mit Massenbesuch gerechnet wird, wurde diese außergewöhnliche Veranstaltung der große Saal der Festhalle gebucht und der Vorverkauf außer bei den üblichen Kassen der Firmen Ludwig Feldt und Bielefeld auch dem Warenhaus Knopf übertragen.

Lichtspielhäuser

Palast-Lichtspiele, Herrenstraße 11

Man schreibt uns: Iwan Mosjoukin, Lil Dagover, Betty Bronn, drei Namen von Ruf und ungeheurer Anziehungskraft. Der Spielplan zeigt diese Künstler in „Der weiße Teufel" nach der Novelle „Hadschi Murat" von Leo Tolstoi. Seit „Madame Dubarry" und „Nibelungen" hat die Ufa ein solch monumentales Filmwerk nicht mehr geschaffen. Die berühmte Novelle ist der Vorwurf; so entstand ein Werk, der nicht nur in seiner Handlung von einer ungeheuren Spannung bis zum letzten Augenblick erfüllt, sondern der auch dem Auge außerordentlich viel Neues zu bieten hat und dabei noch kulturhistorisch außerordentlich bedeutsam und interessant ist. Es ist gewissermaßen ein Heldenlied, ein unvergleichliches Dokument des heldenhaften Kampfes des kaukasischen Volksstamms der Tscherkessen um seine Unabhängigkeit und letzt um seine Religion, zur Zeit des Zaren Nikolaus I. von Rußland um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Es ist ein Film, der Naturverbundenheit eines kaukasischen Bergstammes mit seinem wildromantischen Lande, seine Liebe zur Scholle, seinen Nationalstolz auf das Tragische zu schildern weiß. Dieser Film hat nichts mit den bisherigen „Kaukasien-Filmen" zu tun. Noch kein Film spielte bisher im Kaukasus, in jenem eigenartigen Grenzgebirge, jenem Lande, wo sich Orient und Okzident berühren, dem Lande eines ebenso sonderbaren wie hochinteressanten Volkstums. Man lernt die Sitten und Gebräuche der Tscherkessen kennen, hört ihre schwermütigen Volksweisen, wird mitgerissen von der Wucht ihrer Nationaltänze, von dem Fanatismus ihrer religiösen Anschauungen. Die Handlung ist durchaus spannend und geradezu erschütternd. Der Film schildert also das Schicksal, Ruhm und Ende des Freiheitshelden des Tscherkessischen Volkes, den seine Feinde „Den weißen Wolf" nannten, weil er ihnen mit übernatürlichen Kräften ausgestattet zu sein schien, weil er ihnen mit seinen geringen Streitkräften dem russischen Riesenreich immer wieder die empfindlichsten Verluste beizubringen vermochte. Es wurden zu den Aufnahmen ausschließlich, Russen, Kosaken, Kaukasier, verpflichtet. Der Original-Chor singt unter der Leitung des Komponisten Serge Jaroff, Wolgalied, Altrussische Hymnen, russische Soldatenlieder, Osterchoräle, Tscherkessenlieder und kaukasische Lieder.

„Münchener Märchenfestspiele im Uniontheater".

Am kommenden Mittwoch beginnen im Uniontheater die Gastspiele der „Münchener Märchenfestspiele, die von da ab allvierzehntägig stattfinden werden mit entsprechendem Besuch der ersten Vorstellungen. Die Münchener Märchenfestspiele sind in erster Linie für unsere Jugend gedacht, die dann jeden Mittwoch nachmittags von halb 3 bis 4 Uhr eine ganze Vorstellung für sich allein hat.

Den Anfang macht übermorgen das Märchen der Gebr. Grimm: „König Drosselbart". Diese Märchenfilme sind erst in diesen Tagen aus der Herstellungsanstalt gekommen; denn noch vor 5 Wochen waren die Schauspieler mit den Aufnahmen zu diesen Filmen beschäftigt. Es handelt sich um ganz neue Filme und völlig neue Kopien, sodaß es für unsere Jugend eine große Freude geben wird.

Über den Film: „König Drosselbart" sagte die erste deutsche Kinematographen-Fachzeitung: „Alle hier vorkommenden Personen scheinen direkt dem Märchenbuch zu kommen" während das große Berliner 8 Uhr Abendblatt meint: „Es war ein gutes Werk, unsere alten deutschen Märchen zu verfilmen". Wer also seinen Kindern eine Freude machen will, gebe ihnen die Möglichkeit am kommenden Mittwoch nachmittag um 3 Uhr die Münchener Märchenfestspiele im Uniontheater wo: „König Drosselbart" gegeben wird, zu besuchen. Es empfiehlt sich, die Karten im Vorverkauf zu holen, damit sich der Märchenonkel schon jetzt ein Bild machen kann, ob er diese Märchenvorstellungen weiter führen soll, denn einzig und allein hängt das vom Besuch der ersten Vorführungen ab.

Die Polizei berichtet:

Festgenommen

Ein junger Mann von hier, der in der Nacht zum Dienstag wegen verdächtigen Herumstreichens in den Schloßplatzanlagen festgenommen wurde, gelangt wegen verbotenen Waffentragens zur Anzeige, weil er bei der körperlichen Durchsuchung im Besitz eines Dolches befunden wurde. Da der Täter sich anfangs der Festnahme durch die Flucht entziehen wollte, war der einschreitende Beamte gezwungen, einen Schreckschuß aus seiner Pistole abzugeben.

Diebstähle

Am Montag wurden der Polizei 4 Fahrraddiebstähle angezeigt. In einigen Fällen wurden von Fahrrädern die Beleuchtungseinrichtungen entwendet. Ein früher gestohlenes Fahrrad wurde herrenlos aufgefunden. In der Person eines verheirateten Schleifers wurde ein Fahrraddieb festgenommen und ins Bezirksgefängnis gebracht.

Wegen Tierquälerei

gelangen zur Anzeige: 2 Fuhrleute, weil sie an einer Baustelle in der Karlstraße ihre Pferde durch Peitschenschläge roh mißhandelten sowie ein Arbeiter, der einem Hund in der Augartenstraße in roher Weise einen Tritt auf die Schnauze versetzte.

Wegen Körperverletzung

gelangt ein lediger Schneider von hier zur Anzeige, weil er eine Hilfsarbeiterin durch Faustschläge im Gesicht verletzte, so daß sich diese in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdem. Bürgerausschußfraktion. Heute Dienstag, 18. November abends 8 Uhr, im Stadtratssitzungssaal Sitzung. Alle Genossen und Genossinnen, die auf der Vorschlagsliste bis einschl Nr. 23 stehen, werden ersucht, zu erscheinen.

Frauensektion Oststadt

Heute Dienstag abend ½8 Uhr, findet in der Karl Wilhelmschule (Handarbeitssaal) der Lehrabend statt. Genossin Landtagsabg. Fischer wird sprechen über **Frauenfragen.** Die Genossinnen, Volksfreundleserinnen und deren Töchter sind freundlich eingeladen.

Sozialistische Studentengruppe

Zu der am Mittwoch, den 19. Nov., abend 8¾ Uhr im 2. Stock des Restaurants „Darmstädter Hof", Kreuzstraße 2, stattfindenden **Gründung einer Sozialistischen Studentengruppe an der Techn. Hochschule** ladet herzlich ein: Werbegruppe sozialdem. Beamter.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, 19. November: Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters, Nachtfröste.

Wasserstand des Rheins

Basel 173, gest. 35; Waldshut 346, gef. 17; Schusterinsel 346, gest. 34; Kehl 400, gest. 78; Maxau 535, gest. 26; Mannheim 438, gest. 13 Zentimeter.

Veranstaltungen

Dienstag, 18. November:

Bad. Landestheater: Die Bohème. 20 Uhr.
Colosseum: Schmitz-Weißweiler: Der müde Anton. 20 Uhr.
Städt. Konzerthaus: Meine Schwester und ich. 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Spuren im Schnee. 16 Uhr.
Atlantik-Lichtspiele: Seine stärkste Waffe.
Schauburg: Kohlhiesels Töchter.
Gloria-Palast: Der Sohn der weißen Berge.
Residenz-Lichtspiele: Der Tiger.
Palast-Lichtspiele: Der weiße Teufel.
Union-Theater: Achtung Autodiebe.
Bad. Hochschule für Musik, Kriegsstr. 166: Konradin Kreutzer-Feier. 20 Uhr.
Vier Jahreszeiten: Oeffentlicher Lichtbildervortrag: Herzkrankheiten. 20 Uhr (Naturheilverein).
Stadtgarten-Restaurant (Gartensaal): Vortrag: Frau Geh.-Rat Becker-Hildesheim über „Wie spare ich Geld und Zeit in meiner Küche?". 16 und 20 Uhr.

Kleine bad. Chronik

Haarige Milchfälschung

—t. **Freiburg,** 17. Nov. Einer ungeheuerlichen Milchfälschung ist man wieder einmal auf die Spur gekommen. Die verdächtig aussehende Milch kam in **Krozingen** zum Verkauf nach Freiburg zur Ablieferung. Sie enthielt, wie das städtische Untersuchungsamt feststellte, einen **Wasserzusatz von 57 (siebenundfünfzig!!) Prozent.** Gegen die Schuldige, eine ältere Bauerntochter, wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Der Krach bei der Heidelberger Wohnungsbau-G.m.b.H.

DZ. **Heidelberg,** 16. Nov. Seit dem Zusammenbruch der Heidelberger Wohnungsbau-G.m.b.H. konnten nur 28 000 ℳ durch Vergleiche hereingebracht werden, die zum Teil dafür verwendet werden sollen, den in Not geratenen ehemaligen Angestellten der Wohnungsbaugesellschaft die restlichen Gehälter auszuzahlen. Die in unsicheren Geschäften steckenden Mittel sind völlig verloren, darunter auch die 600 000 Mark bei einer in der Zwischenzeit in Konkurs geratenen Amsterdamer Gesellschaft. Die früheren Aufsichtsratsmitglieder der Wohnungsbaugesellschaft lehnen sämtlich einen Schadenersatz ab und wollen es auf einen Prozeß ankommen lassen. Gegen Ludwig Müller dürfte Anklage wegen Untreue und vielleicht auch wegen betrügerischen Bankrotts erhoben werden. Die Untreue wird darin erblickt, daß er 1,8 Millionen Mark, die für den Krankenhausbau bestimmt waren, zu anderen als den vorgesehenen Zwecken verwendete. Vermutlich wird auch der in Haft befindliche Diplomvolkswirt Alfred Goldschmidt wegen betrügerischen Bankrotts unter Anklage gestellt werden.

Heidelberg. In der Hauptstraße geriet das sechsjährige Söhnchen des Bäckermeisters **Dörr** unter eine Autodroschke. Das Kind mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung in die Klinik verbracht werden.

Mannheim. Auf der Hauptstraße in Feudenheim wurde der 80 Jahre alte Sozialrentner Karl Kraft, der mit Sammeln von Pferdedung beschäftigt war, von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geworfen. Dabei erlitt er eine schwere Kopfverletzung, an deren Folgen er starb.

Letzte Nachrichten

Spanien in Unruhe

Madrid, 17. Nov. Das Personal der südspanischen Eisenbahnwerkstätten ist in den Ausstand getreten. In Barcelona herrscht Generalstreik, in Madrid ist Ruhe.

Madrid, 18. Nov. (Funkdienst). Der 24stündige Generalstreik der Arbeiterschaft Madrids ist beendet. Alle Arbeiter sind inzwischen in die Betriebe zurückgekehrt. In Barcelona wurde am Montag der Generalstreik ausgerufen. Als die Parole durch die Stadt ging, legten fast sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Auch die Straßenbahnen stellten den Betrieb ein.

In Valencia sind die Metall-, Holz- und Bauarbeiter in den Streik getreten. In Granada wurde ebenfalls der Generalstreik ausgerufen. Ursache des Streiks ist im allgemeinen die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der politischen Lage.

Studentische Nazirowdys

Berlin, 18. Nov. (Funkdienst.) In der Technischen Hochschule der Reichshauptstadt versuchten **nationalsozialistische** Studenten am Montag die **Antrittsvorlesungen** des Professors Terres, der auf dem Lehrstuhl für chemische Technologie der Fakultät für Forstwissenschaften berufen worden war, zu **stören.** Der Rektor der Universität schritt jedoch ein. Als die Nazistudenten sahen, daß sie sich nicht durchsetzen konnten, verließen sie unter Schmährufen den Vorlesungssaal. Terres gilt als guter Republikaner.

Auskünfte

J. Rastatt. Die Notizen über die Volkshochschule kamen erst heute, Dienstag, in unsere Hände. Es konnte also kein Hinweis für Dienstag gebracht werden.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe

Naturfreunde. Kinder treffen sich Mittwoch, halb 6 Uhr, im Geschäftszimmer. — **Jugend:** Mittwoch: **Funktionärsitzung,** 8 Uhr. Donnerstag: **außerordentliche Monatsversammlung.** 7273

Wassersportverein. Heute 20 Uhr **Paddlerversammlung,** „Gambrinus". 7271

Aus der deutschen Heldensage

Der abgeblasene Kampf mit dem Drachen

Jung Siegfried war ein stolzer Knab, und seine Beliebtheit bei Groß und nieder, bei jung und alt nahm nachgerade beängstigende Formen an.

Das machte, weil Siegfried von den Göttern mit der Gabe weitschallender Rede bedacht war. Er wußte die Kraftworte so wirksam zu verknallen, daß allen Mannen und Weibsen, die seinem redgewaltigen Feuerwerksgeprassel lauschten, das Herz im Leibe lachte. Er aber in noch weit höherem Maße, als er mit der Redegabe, waren mit der Gnade vorbehaltloser Gläubigkeit ausgestattet.

„Wartet nur mal", pflegte das Siegfriedchen zu sagen, „wenn ich erst mal groß bin und einen Schnurrbart habe, dann sollt ihr sehen! Dann soll euch keine Not mehr plagen, und die herrlichsten Zeiten sollen euch blühen."

Nun begab es sich, daß zu derselbigen Zeit ein grimmer Drache das Land verheerte. „Youngplan" ließ das greuliche Ungeheuer, das jährlich seinen Tribut forderte. Eine namenlose Verweiflung entstand darob in allen Orten.

Inzwischen wuchs das Siegfriedchen heran, wurde groß und stark und bekam auch ein köstliches Chaplin-Schnurrbärtchen.

Da sagten die Leute zu ihm: „Ei, Siegfried, warum gehst du nicht und befreist uns von dem Lindwurm, du kühner Held? Du bist ja jetzt groß und stark und hast einen schönen Schnurrbart!"

Da mußte der Siegfried, ob er wollte oder nicht, sein Wort einlösen und den Drachen umbringen. Er tritt trutziglich von dannen. Als er aber zur Höhle des abscheulichen Wurms kam, da mußte er gewahren, daß seine Kräfte viel zu klein waren, um das zu vollbringen, dessen er sich fort und fort gerühmt hatte. Und er machte kehrt, entschlossen kehrt und zog heim zu den Seinen.

„Nun, Siegfried," fragten sie ihn, „wie hat es gegangen? Wälzt das Untier in seinem giftigen Blute? Hast du es ihm ordentlich gesagt?"

Siegfried tat einen großen Schluck aus dem schäumenden Met, wischte sich den Schaum vom Schnurrbart und antwortete: „Ja, ihr, liebe Leute, ich mußte mich im Rahmen des Möglichen halten."

„Wa — was?" fragten die Zuhörer enttäuscht. „So hast du den Drachen nicht erschlagen? Du bist ruhmlos zurückgekehrt? Ah, geh."

„Ihr guten Leutchen," begütigte Siegfried, „ich will euch etwas erzählen: Ich stand einfach unter einem Zwang."

Da bückten die Mannen ihre dicken Nasen tief in die Methörner und grübelten über den gehörten Tiefsinn nach. Und ob sie ihn auch nicht enträtseln konnten, so bewunderten sie doch ihren Helden und lobten ihn zu.

Denn ihnen war von den Göttern außerdem die unschätzbare Fähigkeit verliehen, Kraftsprüche für Taten zu nehmen.

*

Kaplan Fahsels Vortrag

Konnersreuth vom Standpunkt eines katholischen Theologen

bd. Der Hang unserer Zeit nach Mystik ist unverkennbar. Immer in Zeiten größter politischer, wirtschaftlicher und seelischer Not flüchtet der bedrängte Mensch sich in Sphären außerweltlicher Begriffe, findet Trost in übersinnlichen Vorgängen. In allen Gebieten menschlichen Strebens ist der Zug und die Sehnsucht nach Metaphysik und Geheimnisvollem. Sei es auf medizinischem Gebiete Gallspach, auf spiritistischem und okkultem Wege der Glaube an Hellsehen, Fernsehen und dergleichen mehr, sei es die Astrologie. Immer wieder sehen wir, wie die Menschen in Scharen zu all jenen Heilsverkündern strömen und mit Andacht ihren Weissagungen lauschen, ja ihnen glauben. Genau denselben Zug zur Mystik sehen wir auch in den Geschehnissen in Konnersreuth. Und es ist klar, daß der allgemein als vorzüglicher Redner bekannte Kaplan Fahsel, der am Freitag abend im überfüllten Eintrachtsaal über das „Wunder von Konnersreuth sprach, starken Beifall fand. Eingangs betonte der Redner: Tatsache sei, daß bisher noch kein Arzt und kein Naturwissenschaftler hinter den wahren Sachverhalt von Konnersreuth gekommen ist, daß es bisher noch keinem, auch nach größter Anstrengung gelungen sei, mit den Erkenntnissen der Vernunft und der Erfahrung, mit wissenschaftlichen Thesen und medizinisch-psychologischen Formeln das Rätsel der Therese Neumann zu lösen. Kaplan Fahsel sprach als Theologe. Er hatte es dabei natürlich leicht, das „Wunder" mit den Verbrämungen christlicher Mystik zu schmücken. Es ist immer einfacher, eine Tatsache als metaphysisches Phänomen hinzunehmen, als es mit den Kräften logischer Erkenntnisforschung und den Beweisen menschlicher Erfahrung zu durchsetzen. Fahsel, der viermal in Konnersreuth gewesen ist und sich seit zwölf Jahren mit dem Studium der katholischen Mystik befaßt, bezeichnet Therese Neumann als Sozialmystikerin, d. h. er meint, daß sie dazu berufen sei, in einer Zeit der allgemeinen Verwirrung und des grenzenlosen Chaos auf einzelne Menschen oder auch auf die Gesamtheit vertiefend und veredelnd im Sinne der Religiosität einzuwirken. Da die katholische Kirche all denen, die „mühselig und beladen" sind, ein besseres Plätzchen im Jenseits verheißt, hat sie es entschieden leichter mit diesem Trost, als die mutigen Kämpfer des Sozialismus, die den bedrückten und vom Kapitalismus geknechteten Massen schon auf dieser Erde ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen wollen. Die Vorkämpfer eines besseren Daseins auf Erden sind wohl genau so wie die Heiliggesprochenen der Kirche, Märtyrer einer großen Idee, für die sie ihre Leben hinopfern und an deren endliche Verwirklichung sie mit aller Inbrunst glauben —, woraus sich dann die Divergenzen zwischen den Auffassungen um Kaplan Fahsel und den Vertretern einer diesseits gerichteten Welt ergeben.

Tanzschule Liesl Suhr

Man spöttelte früher, weil unsere Tänzer und Tänzerinnen versuchten, alles was Musik ist, in Tanz umzusetzen. Man spöttelte aber auch über unsere Musiker, die für alles innere Erleben einen musikalischen Ausdruck finden wollten. Nun haben beide Kunstgattungen erreicht, was sie erstrebten. Unsere Tanzkünstler haben für alle Grade des Temperaments Ausdrucksformen gefunden. Es wurden Tanzschulen aufgemacht, die Schule machten. Auch Liesl Suhr, die hier ansässige Tänzerin, hat eine Schule, in der auf eine neue Ausdruckskunst hingearbeitet wird. Die Meisterin dieser Schule zeigte an der Schumannschen „Träumerei", daß bei ihrer Verkörperung nicht Teilbewegungen die Absichten ausdeuten sollen, sondern die ganze Gestalt wird vom Rhythmus durchbebt, die Teilbewegung ist immer nur Vermittlung, Uebergang und Weiterführung. Man merkte den Ausführungen der Künstlerin an, daß sie für eine größere Bewegungsmöglichkeit ausgedacht waren, als das für Tanzdarbietungen sehr ungünstige Podium des Eintrachtsaales sie zuläßt. Die Träumerei-Verkörperung war neuartig, sie hatte eine persönliche Note, man konnte die Steigerung des Bewegungsthemas und sein Abklingen genau verfolgen. Auf der gleichen Linie bewegt sich auch die Kunst Liesl Wolfs, bei der sich auch die Bewegungsfolgen nicht nebeneinander reihen, sondern aus sich heraus entwickeln. Bei Liesl Wolf bekommt man ebenfalls nicht den Verlauf irgend welcher durch Gebärden ausgedrückten Handlung zu sehen, sondern aus ihrem Tanz spricht etwas Erlebtes, etwas Dramatisches. Bei der Mozartschen Nachtmusik wurde der Zuschauer gleichsam gezwungen, mit dem Auge zu folgen, wie bei Frau Suhr und Liesl Wolf sich auf Grund seelischen Erlebens sich verkettende, verschlingende, lösende und wieder ineinander fließende Bewegungsreihen bildeten, es ließen sich nirgends Teilabschnitte wahrnehmen. Eine starke plastische Wirkung ging von dem rhythmisch exakt durchgeführten heroischen Marsch von Tschaikowski aus. Der Tanz der Damen Liesl Schön Ursel Warnecke und Lotte Böhringer hatte etwas architektonisch Gebautes, er war frei von jeder Sentimentalität, trotzdem die Musik hätte dazu verleiten können, er hatte bei allen geradlinigen Formen immer etwas Schönes. Wie bei all diesen Tanzschulabenden gab es auch hier viel zu sehen. Aus schwerwiegenden pädagogischen Gründen sollte man Kinder nicht öffentlich auftreten lassen. Die Erfahrung lehrt zur Genüge, daß derartige Schaustellungen für das Seelenleben des Kindes Gift sind. Alle Darbietungen, auf die einzeln nicht eingegangen werden kann, zeugten von Einheitlichkeit, von charakteristischer Akzentuierung (Liesl Schön: arabischer Tanz), harmonischer, gerundeter Linienführung und gewissenhafter technischer Ausbildung (Spitzentanz Flora Ruf). Die ganz ausgezeichnete musikalische Assistenz, zu der Karlsruher Künstler, das Streichquartett Elisabeth Neumann, Emmy Schech, Albert Dietrich und Fritz Klöble, am Klavier Hermann Bischler, herangezogen wurden, verhalf dem Abend zu einem höchst beachtlichen Niveau.

St.

Riesengroß ist die Not

weitester Kreise unserer Bevölkerung. Rund 18 000 Personen müssen z. Zt. von der Stadt in der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden. Noch ist der Höhepunkt nicht erreicht: Der ins Land ziehende harte Winter wird die Zahl all der Armen, Kranken, Invaliden, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und der aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen erfahrungsgemäß weiter steigern. **Oeffentliche und private Fürsorge sind nicht mehr in der Lage, dieser gewaltig gestiegenen Not wirksam zu steuern. Es muß die Mithilfe aller Kreise der hiesigen Bevölkerung hinzutreten!**

Die privaten caritativen Verbände sind daher zusammengetreten, um mit all denen, die bereit sind, helfend mitzuwirken, eine **„Karlsruher Notgemeinschaft"** zu gründen. **Ihre Aufgabe wird es sein, die wirtschaftliche Not unserer Mitbürger zu lindern.** Insbesondere will sie durch Abgabe von Essen, Brennstoffen, Lebensmitteln und Kleidung dafür sorgen, daß in Karlsruhe

keiner hungern, keiner frieren

muß. Gleichzeitig soll durch Unterhaltung und Belehrung die seelische Not unserer Mitglieder bekämpft, ihre Hoffnung und ihr Lebenswille wieder aufgerichtet werden.

Die „Karlsruher Notgemeinschaft" ruft die Bevölkerung der Landeshauptstadt und ihre nähere und weitere Umgebung

auf zur Mithilfe!

Alle die, denen die Not der Zeit noch etwas an Gütern gelassen hat, alle die, denen ihre Arbeit regelmäßigen Verdienst verschafft, mögen nach Kräften zum Werke beitragen.

Jede Organisation leite in ihren Kreisen die Sammlung ein!

Jeder der kann, spende!

Auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Das ganze Werk, an dessen Spitze sich auf allgemeinen Wunsch das Stadtoberhaupt gestellt hat, ist einem Arbeitsausschuß unterstellt, der Sammlung und Verteilung leiten soll. . . . Seine Geschäftsstelle, bei der jede nähere Auskunft erteilt wird, befindet sich beim Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, Stefanienstraße 74, Fernsprecher 7957.

Gaben und Zeichnungen für die „Karlsruher Notgemeinschaft" nehmen entgegen: die Geschäftsstelle, alle hiesigen Banken, die Expeditionen aller hiesigen Zeitungen, die Stadthauptkasse, das Postscheckamt auf Konto Nr. 22100 „Karlsruher Notgemeinschaft" sowie die Städt. Sparkasse auf Girokonto Nr. 8100.

Die Bevölkerung wird über die eingegangenen Spenden und ihre Verteilung auf dem Laufenden gehalten.

Karlsruhe, den 10. November 1930.

„Karlsruher Notgemeinschaft"
Oberbürgermeister Dr. J. Finter,
Vorsitzender.

7274

Die Träger der Notgemeinschaft:

Allgem. Deutscher Beamtenbund — Ortsausschuß, Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund — Ortskartell, Altkatholische Kirchengemeinde, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitgeberverband der Industrie, Badische Aerztekammer, Badische Anwaltskammer, Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Badischer Kriegerbund, Badische Landwirtschaftskammer, Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft, Bezirksverein für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge, Bezirksverein gegen den Alkoholismus, Bund israelitischer Wohlfahrtsvereinigungen, Caritasverband, Deutscher Beamtenbund — Ortskartell, Deutscher Gewerkschaftsbund, Erzbischöfliches Stadtdekanat, Evangelischer Kirchengemeinderat, Evangelischer Ortsverband für innere Mission, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Handelskammer, Handwerkskammer, Israelitische Gemeinde, Israelitische Religionsgesellschaft, Karlsruher Bankenvereinigung, Karlsruher Einzelhandel, Karlsruher Hausfrauenbund, Karlsruher Männerverein vom Roten Kreuz, Kleinrentnerbund, Mittelbadischer Brauereiverband, Reichsbund der höheren Beamten, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels — Ortsgruppe, Rektor und Senat der Technischen Hochschule, Stadtrat, Stadtverordnetenvorstand, Verband altkatholischer Frauenvereine, Verband badischer Holzindustrieller, Verein Karlsruher Presse, Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger, Wohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft, Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands — Ortsgruppe.

Der Hauptausschuß:

E. Amend, Chefredakteur; F. Baschang, Stadtschulrat; H. Barth, Fabrikant; Dr. E. Baumgartner, Präsident des Rechnungshofes; Dr. K. Baur, Landrat; J. Beeser, Chefredakteur; Dr. R. Betz, Direktor der Badisch. Bank; K. Binder, Redakteur; E. Blum, Schlossermeister; O. Denninger, O.-Reg.-Rat, Arbeitsamtsdirektor; H. Dieffenbacher, Fabrikant; Freiherr v. Eltz-Rübenach, Präsident der Reichsbahndirektion; Frau Marie Engler; Dr. H. Fecht, Buchdruckereibesitzer; H. Fels, Brauereidirektor; O. Freundlieb, Kaufmann; Dr. E. Freyburger, Sparkassendirektor; J. Fuchs, Fabrikant; A. Galette, Bankdirektor a. D.; Dr. O. Geißler, Stadtobermedizinalrat; R. Händel, Bankdirektor; P. Haußer, Polizeidirektor; Dr. O. Helmle, Direktor des Badenwerks; W. Heymann, Direktor; A. Hipp, Direktor; A. Hofmann, Verlagsdirektor; Dr. P. Homburger, Bankier; O. Huber; F. Jäger, Stadtkassendirektor; Lina Kamm; Dr. R. Keußen, Stadtpfarrer; A. Kimmelmann, Stadtoberschulrat; R. Kimmig, Generaldirektor; Dr. E. Kleinschmidt, Bürgermeister; Dr. A. Knittel, Buchdruckereibesitzer; A. Krieger, Bankdirektor; Frau Sonja Kronstein; F. Lämmlein, Präsident der Oberpostdirektion; Dr. O. Leers, Landtagsabgeordneter; F. Lindenmeyer, Fabrikant; Frau Maria Matheis, Stadträtin; W. Menzinger, Schiffahrtsdirektor, Generalkonsul; Dr. A. Michalski, Rabbiner; K. Moninger, Kommerzienrat; R. Nicolai, Ehrensenator, Präsident der Handelskammer; Dr. H. Paull, Stadtobermedizinalrat; J. Putzel, Bankdirektor; R. Rees, Fabrikant; A. Richardt, Redakteur; H. Rodenheber, Großkaufmann; Dr. H. Schiff, Stadtrabbiner; Dr. J. Schmitt, Staatspräsident; Frau Luise Schmitthenner; H. Schneider, Bürgermeister; G. Schöpflin, Chefredakteur; K. Schrempp, Brauereidirektor; Frieda Schulz; D. W. Schulz, Dekan; Dr. M. Schwarzschild, Rechtsanwalt; Frau Klara Siebert, Landtagsabgeordnete; A. F. Simon, Chefredakteur; Dr. R. Sinner, Geh. Kommerzienrat; W. Stamer, Präsident des Landesfinanzamts; L. L. Stern, Fabrikant, Konsul; M. A. Straus, Kommerzienrat; Dr. A. Stumpf, Prälat; Dr. B. Thiergarten-Schultz, Zeitungsverleger; Dr. J. Vogel, Fabrikant; Dr. H. Waag, Intendant des Landestheaters; A. Walz, Großkaufmann; W. Warnecke, Bankdirektor; Dr. F. Weill, Altstadtrat, Rechtsanwalt; E. Wilhelm, Reichsbankdirektor; E. Wimpfheimer, Fabrikant; Dr. J. Wittemann, Minister des Innern; G. Wolf, Landeskommissär; F. Wolff, Fabrikant.

Der Arbeitsausschuß:

Dr. J. Finter, Oberbürgermeister, Vorsitzender; Frau Klara Blankenhorn; Frau Antonie Elsas; M. Faßbender, Gewerkschaftssekretär; Dr. F. Fichtl, Fürsorgeamtsdirektor; Frau Kunigunde Fischer, Landtagsabgeordnete; H. Kappes, Jugendpfarrer; W. Koch, Geschäftsführer; H. Sauer, 1. Bürgermeister; F. Steimer, Rektor; W. Westphal, Syndikus; J. Wegel, Stadtinspektor, Geschäftsführer.

Tommy 3fach
das neue Strick-Material
Wolle und Kunstseide
50 Gramm . . . . . . -.50
BURCHARD

7266
Zu der am Mittwoch, den 19. Nov., abends 8¼ Uhr, im 2. Stock des Restaurants „Darmstädter Hof", Kreuzstr. 2, stattfindenden Gründung einer
Sozialistischen Studentengruppe
an der Techn. Hochschule
ladet herzlich ein.
Werbegruppe sozialdem. Beamten

Todes-Anzeige

Freunden, Bekannten und Verwandten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Luise Maurer
geb. Stüber

heute nacht nach kurzer, schwerer Krankheit, im Alter von 64 Jahren, sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, den 17. November 1930.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Karl Maurer

Beerdigung Mittwoch, den 19. Nov., nachmittags ½4 Uhr, Mühlburger Friedhof. 7270
Trauerhaus: Geibelstraße 16.

Künstlerhaus
Mittwoch, 26. November 1930, abends 8 Uhr 7267
Karl-Bleyle-Abend
Mitwirkende:
Kleemann-Quartett Stuttgart
Helene Geray (Sopran), Stuttgart
Franz Konwitschny, Kapellmeister am Württemberg. Landestheater, am Flügel
Zur Aufführung gelangen Werke aus seinen eigenen Kompositionen
Karten zu Mk. 1.50, 2.—, 2.50, 3.50 in der Musikalienhandlung u. Konzertdirektion Kaiser- Ecke Waldstraße
Fritz Müller

Lohnender **Dauer-Verdienst**
für Jedermann. Muster im Vollwert von Mark 2.50 gegen Voreinsendung oder Nachnahme
A. Schäuble, Karlsruhe i. B.
Humboldtstraße 3a
7263 Postfach 8

A. Werthhammer
Malermeister
Luisenstr. 37
Telefon 7365 7074
Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten
Solide Arbeit, billigste Berechnung

Bienen-Honig
garant naturrein. Schwarzwald-„Tannenhonig" diesjährige Ernte, **das Beste und Feinste, was von den lieben Bienen erzeugt wird.**
10 Pfd. = 16.— Mk. 5 Pfd. = 8.50 Mk. ohne Nebenkosten (Eimer, Porto)
Th. Zwecker, Karlsruhe,
Karlstraße 134 3116

Brennholz
frei Keller geliefert
Anfeuerholz fein gespalten . . . . . . Ztr. Mk. **2.60**
Hartholz ofenfertig gespalten . . . Ztr. Mk. **2.50**
am Lager abgeholt pro Ztr. 30 Pfg. billiger liefert die
Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
G. m. b. H. 7071
Telefon 5423 Durlacher Allee 58

Nächste Ziehungen!
Geld-Lotterie zug. des Deutsch. Hygiene-Museums
Ziehung 21. u. 22. Nov. 1930
61404 Geldgew. u. 2 Prämien RM
Höchst- u. Haupt-Gewinne: 160.000, 60.000, 30.000
Lospreis 1 RM
Porto und Liste 30 Pfg.
7. Freiburger Münsterbau-Geld-Lotterie
Ziehung 6. Dezember 1930
2892 Geldgewinne und 1 Prämie
Höchst- u. Haupt-Gewinne: 15.000 RM, 6.000 RM, 5.000 RM
Lospreis 1 RM
Porto und Liste 30 Pfg.
13 Lose sort., einschl. Porto u. Listen RM 12.50 empfiehlt
Eberhard Fetzer Karlsruhe i. B.
Kreuzstr. 28. PSch. 19876

7269
Herren-Zimmer
Eiche, neues Modell
Mk. **350.-**
Möbelhaus Marx Kahn
Waldstraße 22
(neben Colosseum)

Badisches Landestheater
Dienstag, 18. Nov.
*C 8
Th.-Gem. 701—800
Die Bohème
Von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende: Blank, Fischbach, Grötzinger, Hofpach, Kalnbach, Rentwig, Derner, Ritschl, Arras, Kilian, Schäfer
Anfang 20 Uhr
Ende 22¼ Uhr
Preise C (1.00—7.00 M) 1621

Mi. 19. 11. Der Kaufmann von Venedig. Do. 20. 11. Der Waffenschmied. Fr. 21. 11. Falstaff. Sa. 22. 11. Zum ersten Mal: Das Lamm des Armen. So. 23. 11. Nachmittags: Der Kaufmann von Venedig. Abends: Neu einstud.: Das Nachtlager in Granada. Mo. 24. 11. Der Waffenschmied. Vorankündigung: Di. 25. 11.: Gastspiel des Japanischen Theaters.

Im Städtischen Konzerthaus
*Dienstag, 18. Nov.
Meine Schwester und ich 1622
Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Berr u. Verneuil von Robert Blum. Gesangstexte u. Musik v. Ralph Benatzky
Dirigent: Keilberth
Regie: v. d. Trenck
Mitwirkende: Jank, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, H. Kienscherf
Anfang 20 Uhr
Ende 22¾ Uhr
1. Parkett 3.50 M

Colosseum
Heute 8 Uhr: 7253
Schmitz-Weißweiler in **Der müde Anton**
Ganz Karlsruhe lacht Tränen!

2 kl. Bücher- bezw. Notenschränkch., dkl. eich. à 20 M, pol. Bücherschränke 85 M, Büfett, pol. u. eich., eint. Spiegelschrank 75 M, 1- u. 2tür. Schränke i. weiß, pol. u. gestr., Auszieh- u. andere Tische, Stühle, Waschkommod., Backensessel, Plüschdiwan 40 M, Chaiselong. 35 M, Standuhrkasten, 2 Goldstühle, Betten, Federbetten, verschied. Bilder und Spiegel, sonstige Gegenstände, alles sehr billig **Gutmann, Rudolfstraße 12.** 7264

2 Küchen
Büfett, Kredenz, Tisch, 2 Stühle, vorzüglich gearb., Stück 200 M. 7268
Huber, Möbellager Waldstraße 28

Zeichner, 18 J. alt, sucht Beschäft., gleich welcher Art. Angeb. unt. Nr. 7262 a. d. Volksfrdb.

Hausfrauen! Breitestr. 28, Tel. 3067, steht die langgesuchte **Wäsche-Mangel** zur gefl. Benutzung.

Kinderl. jung. Ehepaar s. **1—2-Zimmerwohn.** m. Küche, evtl. m. Keller. Ang. u. Nr. 7261 an das Volksfreundbüro.

Gut möbl. Zimmer an solid. Herrn od. Dame per sof. zu verm. Näh. **Hirschstr. 133,** 1. Stock, bei Müller. M1294

Sofort gut möbl. **Zimmer** m. elektr. Licht, billig zu vermiet. **Ball,** Scherrstraße 12, 3. St. B1296

Möbl. Zimmer sofort od. spät., heizb., mit sep. Eingang, zu verm. Zähringerstr. 28, III, r.

Der neueste 7093
Radio
Netzanschluß, Europa-Empfang, m. Lautsprech. **99 Mk.** auch Teilzahlung.
J. Piasecki, Luisenstr. 50

Ein Bandonika, neu, billig zu verk. bei **Emil Seitel,** Odenheim

Zu verkaufen: 1 Wintermantel f. Jungen von 14—16 Jahren, gr. Fig., sow. Anzug f. 12—14 J., gut erhalt. **Friedrich-Wolf-Str. 58,** Reitner.

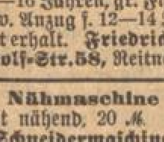
Nähmaschine gut nähend, 20 M.
Schneidermaschine billig zu verkaufen. 7215
Staab, Adlerstr. 9.

Gasheizofen, Schlauchanschluß für 6 M zu verk. **Durlach,** Konrad Lenzinger, Jägerstr. 32. L1298

Stubenwagen u. ein Regulator billig zu verkaufen. H1293
Karlstr. 13, 5. St. r.

Mod. **Kinderwagen** sehr billig abzugeben bei **Dittus, Adlerstraße 8.** D1297

Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge verleiht 6975
Franz Heck, Gartenstr. 7



7213
Neue und gespielte Pianos
empfiehlt
Ludwig Schweisgut
Klaviergeschäft
Erbprinzenstraße 4
beim Rondellplatz

Es ist neu erschienen:
KINDERLAND 1931
Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudelnde Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. Das Kinderland kostet **1.50 RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.
In Karlsruhe:
Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 28

Knielinger Anzeigen

Wir ersuchen, die noch ausstehenden Raten der Gemeinde- und Kreissteuer, Gebäudesondersteuer sowie der im November fälligen Beträge für Holz, Gras, Obst und Pachtzins innerhalb 8 Tagen zu bezahlen, da sonst Mahnung und Betreibung erfolgen muß.

Gemeindekasse Knielingen.

Rastatter Anzeigen

Neuwahl der Stadtverordneten in der Stadt Rastatt.

Bei der gestern vorgenommenen Wahl der Stadtverordneten wurden auf die Dauer von 4 Jahren gewählt:

Aus der Wahlvorschlagsliste 1: (Zentrumspartei)

1. Schlierf Josef, Verlagsdirektor
2. Schweizer Gustav, Kassier
3. Jäger Berta, Fräulein
4. Schächtele Vinzens, Professor
5. Hilbert Albert, Fabrikant.
6. Thom Karl, Schreiner
7. Walz Friedrich, Blechnermeister
8. Wagner Wilhelm, Gerichtsverwalter
9. Friedrich Karl, Glasermeister
10. Leiber Eugen, Reichsbahninspektor
11. Niederbühl Julius, Kaufmann
12. Holtz Franz, Schlosser
13. Armbruster Emil, Hauptlehrer a. D.
14. Schmitt Alfred, Kaufmann
15. Bell Josefine, Oberpostsekretärs-Ehefrau
16. Gmünd Julius, Milchhändler
17. Volz Alois, Postschaffner.

Aus der Wahlvorschlagsliste 2: (Sozialdemokratische Partei)

1. Iffland Friedrich, Maschinensetzer
2. Roth Franz, Rechtsanwalt
3. Renschler Reinhard, Arbeitsvermittler
4. Helber Johann, Werkmeister
5. Mellert Dionys, Mechaniker
6. Stier Otto, Verwalter
7. Ruff Karl, Kassenangestellter
8. Striegeler-Restle Mathilde, Lehrerin
9. Scherer Franz, Oberpostsekretär
10. Bleich Simon, Töpfer
11. Peter Franz, Buchdrucker.

Aus der Wahlvorschlagsliste 3: (Deutsche Volkspartei)

1. Wernigk Karl, Fortbildungsschulhauptlehrer
2. Frech Emma, Geh. Regierungsratswitwe.

Aus der Wahlvorschlagsliste 4: (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)

1. Muffler Oskar, Buchhalter
2. Bechtold Karl sen., Schlossermeister
3. Hettich Ottmar, Mechaniker
4. Umhauer Eduard, Ingenieur
5. Stäbler Ludwig, Arbeiter
6. Dörr Franz, Kaufmannsgehilfe
7. Müller Jakob, Weinhändler
8. Kalmbacher Josef, Reisender
9. Beyers Peter, Schreinermeister
10. Epple Karl, Zimmermann
11. Dr. Fucke-Michels Walter, Justizrat
12. Fellner Hans jun., Reisender
13. Zoller Emil, Metzgermeister
14. Bächle Karl, Kaufmann
15. Malsch Wilhelm, Malermeister
16. Schnurr August, Kaufmann
17. Vetter Jakob, Kriminalwachtmeister a. D.
18. Haller Otto, Geometer
19. Schumacher Friedrich, Bürogehilfe
20. Link Gustav, Elektromeister
21. Hornung Friedrich, Blechnermeister.

Aus der Wahlvorschlagsliste 5: (Deutsche Staatspartei)

1. Frick Karl, Kaufmann
2. Maier Eugen, Rektor
3. Frank Karl, Glasermeister
4. Nebb Jakob, Angestellter
5. Fritsch Karl, Küfer.

Aus der Wahlvorschlagsliste 6: (Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Rastatt)

1. Geiges Karl, Schlosser
2. Armbruster Johann, Polierer
3. Levi Hugo, Kaufmann
4. Stemmle Rosa, Arbeiterin
5. Moser Josef, Bierbrauer
6. Kleber Friedrich, Schreiner
7. Hochreiter Emil, Zimmermann
8. Kühner Alfred, Schreiner
9. Heinrich Adam, Maschinenarbeiter.

Aus der Wahlvorschlagsliste 7: (Reichspartei des deutschen Mittelstandes)

1. Feger Karl, Kaufmann
2. Kritzer Karl, Kaufmann
3. Koch Friedrich, Kaufmann
4. Messerschmidt Friedrich, Innungsobermeister

5. Hilbert Adolf, Kaufmann
6. Edle Karl, Obermeister
7. Schaurr Wilhelm, Oberregierungsrat.

Die nicht gewählten Bewerber der vor... Wahl bekannt gegebenen 7 Wahlvorschlagslisten sind in der Reihenfolge ihrer ... rung Ersatzmänner der Gewählten.

Die Wahlakten liegen während ... Woche, d. i. von Mittwoch, den 19. bis einschließlich Dienstag, den 25. November im Rathaus — Zimmer Nr. 11 — zu jedermanns Einsicht auf.

Innerhalb dieser Frist kann die Wahl ... Stadtrat und von jedem Wahlberechtigten ... wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften beim Oberbürgermeister oder bei der Staatsaufsichtsbehörde (Landeskommissär) schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit ... Bezeichnung der Beweismittel angefochten werden.

Rastatt, den 17. November 1930.

Der Oberbürgermeister.
Renner.

Volkshochschule Rastatt
Dienstag, den 18. Nov., abends 8 Uhr, im Museumssaale Herr Dr. Christiansen (Pforzheim)
Das Pan-Europaproblem
Jedermann willkommen!
Eintritt frei!

Gaggenauer Anzeigen

Weglaubversteigerung

Die Stadtgemeinde Gaggenau steigert am Donnerstag, den 20. d. M., nachmittags um ½2 Uhr, im Gemeindewald links der Murg 36 Lose Weglaub und am Freitag, den 21. d. M. im Gemeindewald rechts der Murg 13 ... Weglaub.

Zusammenkunft am Donnerstag an der Murgbrücke und am Freitag am neuen Friedhof.

Gaggenau, den 17. November 1930.

Der Bürgermeister:
Schneider.